Nr. 448 16. April 1998

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2,50 DM

Kein NPD/JN-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig!



Anna sagt: fit halten und im richtigen Moment zuschlagen!!

wir sind ein wenig erstaunt, daß zu den geplanten Aktionen am 1.Mai in Leipzig (und Berlin) sehr wenig (bis gar keine) Post eingegangen ist. Um über den aktuellen Stand informiert zu sein, solltet Ihr also schon zu den angekündigten Vorbereitungstreffen gehen.
Wir haben ein ganzes Paket an Hintergrundinformationen (Texte, Interviews usw.) über die Nazi-Band "Kraftschlag" aus Wuppertal erhalten. Lesenswert und sehr interessant, aber leider doch viel zu lang für diese Zeitung und daher im Ordner gelandet.
Den Text über die Möglichkeiten der Ortung von Fahrzeugen mittels GPS (Globales Positionierungs System) haben wir einem Beitrag der Beobachterinnen des AIZ-Prozesses entnommen, der Rest kommt demnächst in den Ordner.
In eigener Sache: da wir eine weite Verbreitung dieser Zeitung wünschen, gibt es mittlerweile auch für die INTERIM ein "Werbeplakat". Es liegt in kleiner Auflage in den einschlägig bekannten Läden und wartet auf Verteilung an sinnvollen Orten. (WG-Küchen???)
Und übrigens (und das auch noch zu Ostern): EIN(!) Raffaello ist ja gut gemeint, aber 1. ist gut gemeint immer wieder das Gegenteil von gut gemacht und 2. ist diese vielköpfige Redaktion ausnehmend gefrässig. Basta.

Herausgeberin: Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a 10961 Berlin
Redaktionsanschrift: s.o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Inhalt:

Wer bezahlt den Staat?

80%
70%
60%
50%
40%
30%
20%
10%
0
1991 1992 1993 1994 1995 1996

Anteil an den direkten Steuern

Lohnsteuer
Steuer auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Innerhalb von nur fünf Jahren ist der Anteil der Lohnsteuern an den direkten Steuern um 10 Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil der direkten Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist dagegen im gleichen Zeitraum um 8 Prozentpunkte gesunken.

Quelle: taz, nach Statistisches Bundesamt
Grafik: taz

Ordner:
- Infos zur Nazi-Band "Kraftschlag"
- "Zeitzünder" April 98
- Text zum TWH
- Situation der rev. Linken
- Kritik an den Grünen
- Rekrutengelöbnis 10.6. Berlin
- "Satire" auf die Unglücklichen
- RECLAIM THE STREET in Bielefeld
- Auflösungserklärung "Unzensiert"
- Infozentrum "Freie Völker" zu Kurdistan und Türkei
- Prozeßbeobachtung AIZ

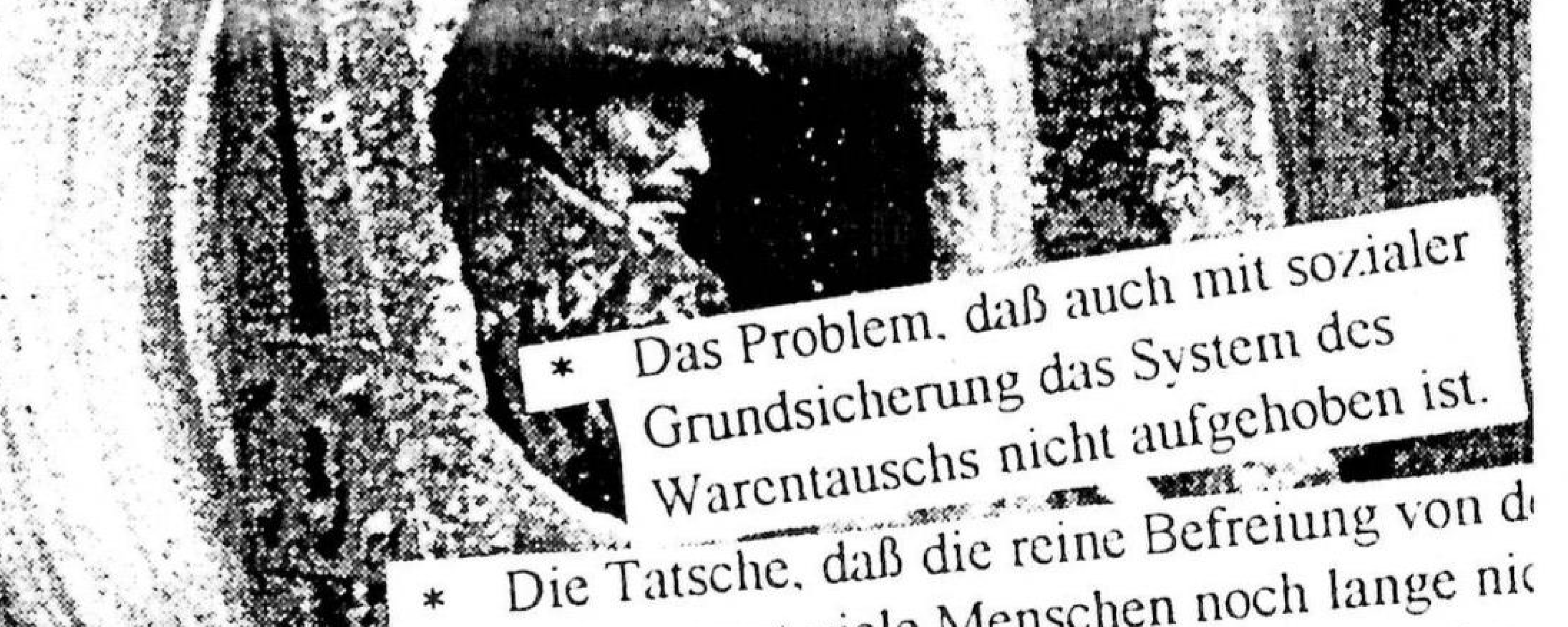
EIN ANGRIFF AUF DIE (LOHN)ARBEIT

Wie allgemein bekannt, wird es dieses Jahr keinen Aufruf von undogmatisch-autonomen Gruppen zu einer revolutionären 1.Mai-Demo in Berlin geben. (Neben der traditionellen Oranienplatz-Demo hat lediglich die AAB ab 18 Uhr vom Rosa-Luxemburg-Platz aufgerufen.) Hinter dieser Entscheidung steckt die auch von uns geteilte Einschätzung, daß es für eine solche Demo derzeit keine gemeinsamen inhaltlichen Grundlagen gibt und daß deshalb die von vielen Gruppen vehement geforderte Fortführung der '87 begründeten Tradition nichts anderes ist als die Aufrechterhaltung eines inzwischen völlig verbrauchten Rituals. Denn Tradition ist noch kein Argument: Deutlich wird dies nicht zuletzt daran, daß der 1.Mai im Lauf seiner Geschichte von verschiedensten politischen Richtungen für ihre jeweiligen Zwecke genutzt worden ist. Zuerst als internationaler Kampftag der ArbeiterInnenbewegung , dann als „Tag der deutschen Arbeit" im Dritten Reich, und schließlich, nach'45, in der DDR als staatlicher ArbeiterInnenkampftag und in der BRD als Lobbytag der Gewerkschaften.
Seit zwei Jahren wird der 1. Mai wieder verstärkt von Neonazis genutzt. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung droht der diesjährige NPD/JN- Aufmarsch unter dem Motto „ Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" in Leipzig zu werden. Daher finden wir es wichtig, nach Leipzig zu fahren, anstatt irgendwelche autonomen Traditionen zu beschwören.

Wir wollen uns allerdings nicht mit der puren Verhinderung des Naziaufmarsches begnügen, vielmehr ist es uns wichtig, mit eigenen Inhalten offensiv aufzutreten.
Welche Inhalte sind es aber, mit denen wir an diesem Tag gegen die Nazis vorgehen möchten? Das völkisch-autoritäre, rassistische und sexistische Fundament der Nazi-Ideologie ist an verschiedenen Punkten angreifbar.
Einer dieser Punkte ist das Feld der Arbeit und das der sozialen Frage, ein Thema, das in jüngster Zeit gerade von Nazis aufgegriffen und vor allem unter rassistischem Blickwinkel besetzt wird.
Darüber hinaus ist die Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung usw. für immer mehr Menschen ein existenzielles Problem
(Stichwort:Erwerbslosenproteste)

Die Nazis sind jedoch nur die Spitze des Eisberges und formulieren lediglich, was nicht wenige sowieso schon denken, nämlich daß Arbeit ein ungemein wichtiges Gut für das Kollektiv Deutschland ist, und daß alle, die nicht arbeiten, sei es, weil sie erwerbslos, oder weil sie das ach so böse Finanzkapital verwalten, (worin schon die Pseudounterscheidung in raffendes und schaffensdes Kapital enthalten ist)dem Standort schaden.
Was aber sind autonome Inhalte dazu?Gibt es die überhaupt? Die neu aufgeflammte Debatte um soziale Grundsicherung ist zwar ein Anfang, scheint uns angesichts ihrer Systemimmanenz jedoch nicht geeignet zu sein, Herrschaftsverhältnisse zu überwinden. Sie blendet indirekt zu viele Probleme aus, unter anderem:

* Das Problem, daß im kapitalistischen System Menschen nach Leistung bewertet werden und nicht das annehmen, was sie benötigen, und geben, was sie können bzw. wollen.
* Das Dilemma zwischen Forderungen an den Staat und dessen linksradilaer Ablehnung
* Den Widerspruch zwischen linksradikaler Kritik an entfremdeter Lohnarbeit und dem Wissen um die materielle Katastrophe, die deren Verlust für viele Menschen bedeutet.
* Das Problem, daß die gegenwärtige Verwobenheit von Produktions- und Reproduktionsbereich einerseits und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung andererseits hierdurch weiterhin nicht in Frage gestelt wird.



* Das Problem, daß auch mit sozialer Grundsicherung das System des Warentauschs nicht aufgehoben ist.
* Die Tatsche, daß die reine Befreiung von d[...] Existenznot viele Menschen noch lange nic[...] befähigt, sich unabhängig von Arbeitsplatz und Kulturindustrie zu beschäftigen und soziale Kontakte zu knüpfen.
* die Frage nach einer konkreten Alternative zu ausbeuterischer und entfremdeter Lohnarbeit nicht gestellt, geschweige denn beantwortet wird.
* und vieles mehr, für das der Platz nicht reicht.

Kurzum: durch die Grundsicherungs-Debatte wird die Grundstruktur kapitalistisch-patriarchaler Gesellschaftsordnung noch nicht einmal in Ansätzen in Frage gestellt.
<u>Eine solche grundsätzliche Infragestellung wünschen wir uns aber- unter anderem für den 1.Mai in Leipzig !!!!</u>

Einige Leute vom Abschlußplenum des autonomen Wochenendes „Gegen die Leere"



Alle AntifaschistInnen sind aufgerufen, den größten Naziaufmarsch seit Jahrzehnten zu verhindern! Gegen die Normalisierung faschistischer Aufmärsche ist mit allen Mitteln vorzugehen!

Wenn die Kameraden durch die Stadt marschieren...

Am 1. Mai wollen tausende Nazis durch die Straßen von Leipzig demonstrieren. Die federführenden Organisatoren – NPD und JN – wollen damit ihrer schier unaufhaltsamen Erfolgsserie eine weitere Krone aufsetzen. Noch ist nichts entschieden, denn die Nazis stehen noch als böse Buben im Rampenlicht bürgerlicher Medien und Politiker. Dabei ist die Substanz der Antipathie alles andere als felsenfest. Wenigstens scheint es so, als hätte die autonome Antifa diesmal ausgeschlafen. Sie mobilisiert bereits auf Hochtouren.

Ein Schritt zurück, zwei Schritt vor

Im letzten Jahr fiel der für den 1. Mai groß angekündigte Aufmarsch der Nazis noch ins Wasser. Die Gegenmobilisierung antifaschistischer Gruppen zwang die Behörden zum Verbot der „Großdemonstration des nationalen Widerstandes". Die daraufhin mühsam improvisierten Ersatzveranstaltungen endeten zwar leider nur in einem Falle in der heillosen Flucht vor entschlossen agierenden Antifas (Hannoversch-Münden), reichten aber, auch wenn sie ungestört verliefen (z.B. in Grimma bei Leipzig), lange nicht an das selbstgesteckte Ziel heran, die formal immer noch unter dem Label „Rechtsextremismus" existierende Isolation zu durchbrechen.

Natürlich war der vorjährige Punktsieg, den die Nazi-Gegner für sich verbuchen konnten, keinesfalls tiefgreifend oder gar von anhaltender Dauer. Ganz im Gegenteil, der Höhenflug der Nazis, die sich um die Fahnen von NPD und JN scharen, ist ungebremst. Neben faschistischen und rassistischen Übergriffen, Saalveranstaltungen und Konzerten sind mittlerweile auch Aufmärsche zur Normalität geworden. So kann es heute vorkommen, daß an einem Tag gleich drei Demonstrationen die Kameraden auf die Straßen mobilisieren: Am 14.3. marschierten jeweils an die 300 durch die thüringische Kleinstadt Saalfeld, durch das norddeutsche Lübeck und durch das mecklenburgische Neustrelitz. In jeder Region können solche kleineren bis mittleren öffentlichen Auftritte innerhalb weniger Wochen aus dem Boden gestampft werden. Eins der letzten wirksamen Politikmittel der außerparlamentarischen Linken, die Demonstration, praktizieren die Nazis mittlerweile ganz beachtlich und verdeutlichen damit regelmäßig, kein eingrenzbarer Zusammenhang von Kadern, sondern eine flächendeckende soziale Bewegung zu sein.

Auf jeden Fall gelingt es besonders der NPD mit ihrer dosierten Aufmarschtaktik, die faschistische Subkultur bei der doch eigentlich faden politischen Stange zu halten. Man demotiviert die jugendliche Klientel nicht mit inflationär aufeinandertreffenden Großereignissen, vielmehr sind diese Termine inhaltlich und im Zeitpunkt sehr weitsichtig mit den lokalen und regionalen Schwerpunkten verknüpft. In diesem Jahr waren die Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" in Dresden (1200 Teilnehmer) und der NPD-Kongreß in Passau (5000 Nazis in der Nibelungenhalle) die bisher herausragenden Events, die nun von der „Großdemonstration des nationalen Widerstandes am 1. Mai in Leipzig" in den Schatten gestellt werden soll.

Ablehnung I

Die Erfolge der Nazis sind so evident, daß gegenwärtig nicht nur bürgerlich-brave „Rechtsextremismusexperten" (z.B. Bernd Wagner und Burkhard Schröder) und liberale Journalisten (z.B. Jens Schneider (SZ)) die lange bekannten Analysen autonomer Antifagruppen in ihren Statements wiederholen, sondern auch staatsfromme Verfassungsschützer (z.B. in Sachsen Eckhard Dietrich) von der braunen Realität zum Nachplappern gezwungen sind. Fast im O-Ton von Antifa-Infos warnen sie vor den Gefahren der NPD als Auffangbecken von Aktivisten verbotener Nazi-Organisationen und den „national befreiten Zonen" im Osten. Verhallt die Aufklärung unabhängiger Antifas desöfteren wie das Rufen in der Wüste, korreliert bei den professionellen Experten der pädagogische Duktus mit einem starken medialen Interesse an den ostdeutschen Nazi-Provinzen, besonders aber an deren Springerstiefel-tragenden Protagonisten.

Die Ergebnisse der gesteigerten Aufmerksamkeit sind ambivalent. So vermittelt die Leipziger Volkszeitung machmal den Eindruck, sie wäre von der Propaganda-Abteilung der NPD ferngesteuert, weil sie entweder durch die fotografische Dokumentation von Nazi-Transparenten deren Inhalte bereitwillig transportiert (LVZ, 26.1.) oder sie in Kommentaren, sei es aus politischer Unbedarftheit oder aus Sympathie, die NPD als „Sachwalter der sozial Schwachen" adelt, welche „soziale Mißstände und zunehmende Ausländerkriminalität anprangert." Mit zunehmendem journalistischen Niveau wird die Wertung jedoch präziser. Von „Frankfurter Rundschau" bis zur „Woche" bekommt die NPD sehr zu ihrem Verdruß das Stigma „Sammelbecken von Rechtsradikalen" bestätigt. Leider entspricht in diesen Kreisen der Jargon nur selten richtig der Realität, werden die Nazis auch als solche benannt, was ein Blick auf die NPD-Programmatik eigentlich nach sich ziehen müßte (dazu an anderer Stelle mehr). Aber auch wenn die Bezeichnung „rechtsradikal" verharmlost und die Erwähnung des „Linksradikalismus" wie bei einem pawlowschen Reflex nach sich zieht, daß besagte Verdikt ist einer der wenigen Steine, die den Nazis derzeit noch in den Weg gelegt werden.

Kein Mensch mit ernsthaften Karriereabsichten kann es sich leisten, öffentlich als Rechtsradikaler gebrandmarkt zu werden. Selbst staatliche Institutionen mit äußerst niedriger Aufnahmeschwelle wie die Bundeswehr wollen solche nicht haben, bzw. genieren sich, wenn Nazis mit Vorliebe gerade hier am Start sind.

Niemand mit Verstand würde ernsthaft behaupten, es gäbe keine Affinität zwischen Bundeswehr und deren Vorgängerorganisation Wehrmacht. Und

Kein NPD/JN-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig!



CEE IEH-Cover vor einem Jahr.

für die Nazis ist der Bund ja auch nicht ihr Bekenntnis zum Verfassungspatriotismus, dafür aber ein besser organisiertes und ausgestattes Wehrsportlager inklusive Traditionspflege. Doch der hochgekochte Skandal in den letzten Monaten hat gezeigt, wo die Grenze der Synthese, nicht nur innerhalb dieser Institution, sondern gesamtgesellschaftlich, verläuft.

Es ist ein dünner oberflächlicher Grat, bestehend aus dem Gründungsmythos, daß die BRD aus den Lehren der Geschichte entstanden ist und der, insbesondere von den ehemaligen Alliierten der Anti-Hitler-Koalition überwacht, die allgemeine Rechtsentwicklung in Deutschland vom Übergang in ein Modell der „Vergangenheit als Zukunft" (Habermas) trennt.

Ein aktuelles Lebenszeichen jener letzten öffentlich anerkannten Bastion des Antifaschismus (die zweifelsohne seit der konservativen Wende Anfang der 80er inhaltlich ständig hohler wird), ließ sich bei der außenpolitischen „Verstimmung" zwischen Deutschland und der Türkei im März beobachten. Der türkische Ministerpräsident Yilmaz verglich die deutsche EU-Politik mit der Expansion der Nationalsozialisten: „Die Deutschen verfolgen die gleiche Strategie wie früher..., sie glauben an den Lebensraum. Das bedeutet, die mittel- und osteuropäischen Länder sind für Europa und Deutschland als deren Hinterhof von strategischer Bedeutung." Mit dieser Äußerung ist die deutsche Außenpolitik und ihre wiederbelebte geopolitische Tradition exakt bezeichnet. Gerade weil die Parallele zur NS-Zeit auf der Hand liegt, reagierten Kinkel, Kohl & Co wie getroffene Hunde und wiesen alle Anschuldigungen von sich. Wäre die Standpauke von einem einflußreicheren Land ausgegangen, hätte man die Kritik nicht so einfach mit der Aussage, es handle sich hierbei um eine „unentschuldbare Diffamierung der deutschen Politik" wegkläffen können. In Bezug auf die Türkei kam den Deutschen die Interessenkonstellation der Weltmächte und der anderen EU-Staaten zu Hilfe. Was ganz nebenbei zeigt, daß man sich auf die Kontrollfunktion der Weltöffentlichkeit im Fall Deutschland nicht verlassen sollte.

Aber weshalb diese Ausschweifungen, wenn am 1. Mai weder das türkische Militär noch US-amerikanische GIs gegen die Nazis zur Verfügung stehen? Nun, sie helfen ganz allgemein zu verstehen, warum der Antifaschismus der letzte Bereich ist, bei dem die Linke hierzulande noch ab und an praktische Erfolge erzielen kann, während derzeit alles weitere im linken Theoriekämmerlein am besten aufgehoben ist, oder deutlicher gesagt, dort den letzten geduldeten Zufluchtsort findet. Antifaschismus ist jedoch noch beschränkt bündnisfähig und so läßt sich das reale Kräfteverhältnis zwischen links und rechts einigermaßen kaschieren. Nicht zugunsten der Linken, aber zum Schaden der Nazis.

1. Mai 1997 in Grimma.

Ablehnung II

Ganz Leipzig scheint gegen den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai zu sein. Weder die frühesten noch die radikalsten Statements kamen von den Autonomen. Nein, der Verfassungsschutz „befürchtete", noch bevor das erste bundesweite Antifa-Treffen zur Planung antifaschistischer Gegenaktivitäten einberufen war, „daß es zu einer NPD-Demonstration...mit mehr als 4500 Anhängern der rechten Szene kommen werde" (LVZ, 21.2) Es drängte sich der Eindruck auf, daß die Behörde die Autonomen zum Agieren etwas aufstacheln wollten. Hatte man vielleicht ein bißchen Angst ohne Mobilisierung im unabhängigen Antifa-Spektrum ließen sich die notwendigen Gründe für die Verbotsverfügungen der Nazi-Demo und antifaschistischer Gegendemonstrationen nicht beschaffen? Mittlerweile dürfte in diesem Sinne alles wunschgemäß verlaufen.

Die „Gewalt" geht aber diesemal wirklich von den Christdemokraten aus. Ob der CDU-Kandidat für das Leipziger Oberbürgermeisteramt, Kaminski, einfach nur das antifaschistisch gesinnte Wählerpotential in der Stadt überschätzt ist noch nicht raus, jedenfalls forderte er in einer Pressemitteilung, daß der geplante Nazi-Aufamarsch „mit allen Mitteln zu unterbinden" sei, meint damit natürlich in erster Linie ein Verbot der NPD-Veranstaltung. Die anderen Kandidaten, von PDS bis FDP fordern dies ebenfalls. Und als wäre damit dem öffentlich gebotenem Abgrenzungsritual nicht Genüge getan, rufen die potentiellen Anwärter auf den Leipziger Thron auch noch gemeinsam zu einer Demonstration gegen Rechtsextremismus in der Leipziger Innenstadt auf.

Die NPD-Organisatoren werden nicht großartig kotzen, wenn sie im Vorfeld ihres geplanten Mega-Ereignisses mitbekommen, wie sich in der Stadt bzw. durch deren wahrnehmbarste Repräsentanten ein Anti-Nazi-Konsens, inhaltlich diffus aber spürbar, konstituiert. Sie halluzinieren sich ja sowieso immer eine linke Ablehnungsfront, die von den „Systemparteien" bis zu den Autonomen reicht, zurecht, die es auf inhaltlicher Ebene gar nicht und formal (unter den oben beschriebenen Bedingungen) immer seltener gibt. Verunsichern dürfte es sie schon. Natürlich ist diese Ablehnungsstimmung mit Vorsicht zu genießen. Wer nimmt den Kandidaten, außer vielleicht PDS-Tippach schon ab, wenn sie sich als Antifas geben? Die Gründe für das Engagement liegen deutlich auf der Hand: Keiner von ihnen will Bürgermeister einer Nazi-Hochburg sein – auch wenn dies de facto eine ist, nimmt man die Mitgliedsstärke der NPD und die Dominanz der faschistischen Jugendkultur in der Stadt als Maßstab. Jeder von ihnen weiß, daß Leipzigs Entwicklung mit dem Ruf der Stadt als „weltoffene" Messemetropole steht und fällt. Und da passen 10000 Nazi-Schläger, die durch die Straßen der Stadt marschieren, nicht gerade in das gewünschte PR-Design.

Eineindeutig

Die Substanz der relativ weitreichenden Anti-Nazi-Stimmung erweist sich auch noch aus einem anderen Grund als fadenscheinig. Besonders linke Organisationen und Gruppen scheinen den Nazi-Aufmarsch gerade wegen der Terminwahl empörend zu finden. Während autonome Zusammenhänge traditionell am 1. Mai auf „revolutionären" Hokuspokus setzen, geben sich auch Gewerkschaften, PDS und SPD echauffiert, weil die Nazis den „Kampftag der Arbeit" für sich beanspruchen. Dahinter steckt die Angst, die NPD könnte der potentiellen Massenbasis besagter Organisationen und Gruppen die Lösung der sozialen Frage unter rechten Vorzeichen vorgaukeln.

Genau dies aber wollen die Volksgenossen überhaupt nicht. Weder ihre Strategie, ehemals von links besetzte Symbolik zu verwenden, noch ihr Programm, „jetzt die nationale antikapitalistische Wirtschaftsordnung schaffen", sind Ausdruck einer perfiden Demagogie. Der Kurs der NPD ist eineindeutig nationalsozialistisch. Ihre Forderungen machen nicht einmal den Anschein völkische und antisemitische Stereotypen zu verschleiern. In einem Flugblatt der NPD heißt es zum Beispiel, „die Krebsgeschwüre am deutschen Volkskörper müssen abgewählt werden" und das „vagabundierende Kapital" solle einer „volkswirtschaftlich raumorientierten" Ordnung weichen. Im letztjährigen Aufruf der Nazis für den 1. Mai (Motto: „Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national") plädiert man für die „Überwindung der kapitalistischen Zinswirtschaft" und das „Verbot von Spekulationsgeschäften." Mit „Zinswirtschaft" und „Spekulation", mit „vagabundierenden Kapital" und „Krebsgeschwüren" wurden seit der Enstehung des modernen Antisemitismus in Europa die Juden gleichge-

setzt. Seit Durchsetzung des nationalrevolutionären Flügels innerhalb der NPD vor einem Jahr, hat die Programmatik der Partei einen Qualitätssprung erlebt, der völlig unverhohlen auf ein nationalsozialistisches Gesellschaftsprojekt hinausläuft. Wer den Nazis heute nur eine dumpfe Rattenfängermentalität zubilligt, wer denkt, sie beziehe sich mit ihrer Semantik auf originär linke Traditionen, spielt dabei aber mit gefälschten Karten, der manövriert sich in eine gefährliche Schattenboxerposition.

Die NPD ist kein chamäleonartiger Konkurrent bei der Beantwortung der sozialen Frage, dem man nur die populistische Maske vom Gesicht reisen muß, damit er in der Bedeutungslosigkeit versinkt. Selbstverständlich propagiert die NPD mit Vorliebe die Parole „Arbeit zuerst für Deutsche", weil sie weiß, daß sie damit auf eine nahezu konsensuale Zustimmung in der Bevölkerung trifft. Wird die Partei aber nur aufgrund der manifesten „Fremdenfeindlichkeit" abgelehnt, beschönigt man jedoch noch ihren Kurs. Denn genauso wie der antisemitische Antikapitalismus beruht auch die Ideologie des Rassismus bei der NPD und ihren Anhängern auf der angenommenen aggressiven Identität von Blut und Boden. Völkischer Antikapitalismus und Rassismus sind hierzulande wahrhaft ursprünglich und deshalb auch derzeit so erfolgreich. Sie bauen auf eine Traditionslinie, mit der in beiden deutschen Staaten nie endgültig gebrochen wurde. Wäre der oben beschriebene antifaschistische Gründungsmythos der BRD mit Inhalten gefüllt, wäre die NPD schon lange wegen ihres Programms verboten.

Am 1. Mai 1997 sprengten Nazis, die aufgrund des Verbotes nicht in Leipzig demonstrieren konnten, eine DGB-Veranstaltung in Hannoversch Münden. Die von ihnen improvisierte Kundgebung stand unter dem Motto, welches, einst über dem Portal von Auschwitz, zu einem Symbol für den Holocoust geworden ist: „Arbeit macht frei".

Ablehnung III

Angesichts dieser Sachlage noch zu lamentieren, der 1. Mai sei doch „unser Tag" und den solle man sich nicht von den „Nazis diktieren lassen" (Interim), zeigt, wie wenig historisches Bewußtsein in einigen linken Zusammenhängen verankert ist. Zum Glück kündigt sich innerhalb der autonomnen Antifa-Szene ein Prioritätenwechsel an. Die Bereitschaft, in Leipzig an den antifaschistischen Gegenaktivitäten teilzunehmen, ist groß. Daß man sich darüber besonders freuen muß, ist den schlechten Erfahrungen der letzten Zeit geschuldet. Weder der Nazi-Aufmarsch in Dresden noch die kleineren Nazi-Demos der letzten Wochen konnten wirksam behindert, geschweige denn verhindert werden. Und dies nicht, weil es prinzipiell nicht möglich war, sondern weil zu wenig Antifas gewillt waren, sich den Nazis entgegenzustellen. Selbst an den obligatorischen Gegendemonstrationen nahmen nur wenige autonome Antifas teil und folgerichtig hämten die Nazis z.B. nach ihrem Aufmarsch in Dresden, daß das Kräfteverhältnis auf der Straße deutlich zu ihren Gunsten gekippt ist.

In Leipzig stehen die Chancen, den Nazis „das eine oder andere Bein zu stellen", nicht schlecht. Mehrere antifaschistische Kundgebungen entlang der angemeldeten Nazi-Route, die wahrscheinlich durch Leipzig-Stötteritz führt und am Völkerschlachtdenkmal auf eine eindrucksvolle Kulisse baut, könnten die Kameraden – über 10.000 werden erwartet – in ein Spalier zwingen, welches mehr als nur einen unangenehmen Eindruck hinterläßt. Vielleicht gelingt es sogar, den Nazis ihre Route streitig zu machen.

Das viel gepriesene Vorbild heißt in diesem Zusammenhang immer noch „München". Dort gelang es im März letzten Jahres, den Abschlußkundgebungsort der NPD-Demo zu besetzen. Die 5.000 Teilnehmer mußten schließlich, arg gebeutelt – über die gesamte Strecke regnete es Fallobst und aus den Fenstern flogen Eier –, einem Bündnis von couragierten Bürgern, abenteuerlustigen Kids und Autonomen weichen und zogen sich schmählich aus der Stadt zurück.

CDU-Kaminski hat also recht: Der Nazi-Aufmarsch am 1. Mai ist „mit allen Mittel zu unterbinden". Dieses Ziel nimmt aber nicht nur Christdemokraten und Autonome in die Pflicht. Neben Kaminski und der Antifa haben auch Alternative, Skater, Punks und vielleicht noch die Genossen von der PDS einen Ruf zu verlieren.

Und natürlich die Nazis. Wie heißt es doch so ekelhaft in ihren Aufrufen: „Bedenke, daß Du eine Deutscher bist und verhalte Dich entsprechend" Bei denen wird knallhart auf Disziplin gesetzt. Die deutschen Sekundärtugenden sollen hoch gehalten werden; zu gern präsentiert sich das braune Mördergesindel als Verein von Saubermännern. Dieses Ansinnen müßte eigentlich die Phantasie der Antifas enorm beflügeln. Fällt die im Lande unbeliebte Aura des „Chaotentums" auch auf die Nazis zurück, wären sie gezwungen, wenigstens eine Kröte zu schlucken. Heiner

Faschoaufmarsch verlegt!!!

NPD/JN ruft für den 25. April '98 nach Bad Hersfeld auf

Dank einer frühzeitig vom DGB angemeldeten Demo am 04. April (siehe letzte Interims) und eines am gleichen Tage stattgefundenden Kinderfestes, zog die NPD/JN ihre Anmeldung für den 04. April zurück. Das BGR hatte also einen kleinen Erfolg zu verbuchen. Bei der Demo und der Kundgebung des BGE an diesem Tag fanden sich bis zu 120 Leute aus der Region ein.
Die NPD/JN willl aber auf jeden Fall in Bad Hersfeld maschieren! Das gilt es mit allen Mitteln zu verhindern. Zur Zeit ruft die NPD/JN auf, am 25. April in Bad Hersfeld zu demonstrieren. Mit Verboten der Demo und folgenden Gerichtsverfahren ist zu rechnen.
Wir vom BGR hoffen, daß auch dieses Mal die vor den Faschos angemeldete Aktion der DGB-Jugend einen Naziaufmarsch verhindert. Aber irgendwann kommen sie sicherlich! **Wir rufen hiermit alle aktiven AntifaschistInnen auf, am Tag, an dem mit einem Faschoaufmarsch zu rechnen ist, nach Bad Hersfeld zu kommen**. Aufgrund der Bullenpräsenz vom letzten Mal (Fahrzeugkontrollen, Filmerei etc., es wurden offensichtlich eine "Horde von brutalen Antifas" erwartet) ist mit Schikanen seitens der Cops auf jeden Fall zu rechnen.

Bitte meldet euch vorher bei uns, um den letzten Stand der Infos zu erfahren. Unnötige Anreisen könnten so vermieden werden. Wir entschuldigen uns bei allen, die das letzte Mal "umsonst" gekommen sind.

Kontakt: DGB Bad Hersfeld-Rotenburg-Eschwege (06621-9293-0)

Bündnis gegen Rechts Bad Hersfeld



Veranstalter von „Dark-Wave-Festival" sagen Auftritt von Nazi-Band ab.

Am 2. Mai 1998 findet in der Musikhalle „Arena" in Berlin-Treptow ein „Dark-Wave-Festival" statt. Der dafür angekündigte Auftritt der *Nazi-Band „Forthcomming Fire"* wurde durch den Veranstalter abgesagt.

Auf dem „The Dark Rush Festival III" sollen jetzt die Bands *Plastic Noise Experience, Calva Y Nada, Kirlian Camera, Exedra* und für *Forthcomming Fire* die Band *Aimless* spielen. Nach Angaben der „Arena" haben sie dem Veranstalter nahegelegt, der Band abzusagen, was auch geschah. Der Veranstalter sagte *Forthcomming Fire* bereits Ende März / Anfang April '98 ab, nachdem er nach eigenen Angaben mehrfach Drohanrufe erhalten haben soll.

Das Festival wird präsentiert vom Dark-Wave-Magazin Zillo. Das Magazin geriet 1996 in die Schlagzeilen, als die Nazi-Zeitung Junge Freiheit in ihr Anzeigen schaltete und der JF-Autor Peter Boßdorf auch bei Zillo tätig war. Die Anzeigen wurden damals abgesetzt, Boßdorf konnte jedoch weiterhin in Zillo schreiben. Ein Jahr Später druckte Zillo ein zweiseitiges Interview mit dem Forthcomming Fire-Sänger, Josef Klumb alias Jay Kai, ab, und bot ihm so die Plattform, um seine Nazi-Band zu etablieren. Inzwischen wurde *Forthcomming Fire* in Zillo bereits drei mal porträtiert.
Auch die Junge Freiheit schwärmt nahezu für *Forthcomming Fire*. So schenkt die JF dem Nazisänger eine ganze Seite für ein Interview, oder eine Seite zur Vorstellung der neuen CD.

Josef Klumb ist/war darüber hinaus Sänger der *Band Weißglut*, deren Auftritte bereits durch aktive AntifaschistInnen verhindert werden konnten. Klumb arbeitet zudem beim rechtsradikalen „VAWS-Verlag", des Nazi Werner Symanek. Im VAWS-Verlagsprogramm befinden sich neben germanen-mysterischer-Bücher auch Literatur mit rassistischen, antisemistischen und esoterisch-rechten Inhalten. Mit dem VAWS-Verlag erstellte Klumb ein „Leni-Riefenstahl-Gedenk-CD", wobei er mit keinem Wort auf die Rolle Riefenstahls während des deutschen Faschismus eingeht. Er verwendet auf der CD sogar das Symbol der schwarzen Sonne, einem Zeichen für die „mystisch-okkulte-Seite", das die SS während der Nazi-Zeit benutzte. Das „Schwarze-Sonne-Symbol" wird auch von Symanek in seinen Katalogen, sowie von der Dark-Wave-Band „Allerseelen" benutzt.

Für den 11. April war in Bingen, dem Wohnohrt Klumps, eine Antifa-Demo gegen ihn und den VAWS-Verlag geplant.

★ Nazi-Konzerte verhindern!

★ Antifa heißt Angriff!

Antifaschistische Aktion Berlin (AAB)
Engeldamm 68
10179 Berlin
Tel/Fax: (030) 27 56 07 56 / 55

Denkt dran: heraus zum 1. Mai!
Zuerst Nazi-Aufmarsch in Leipzig verhindern, dann revolutionäre Demo in Berlin: 18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz.

Naziaufmarsch in Cloppenburg

Am Sonntag, den 5. April 98 kam es in Cloppenburg / Münsterland (ca.70 km südlich von Bremen) zu einer Demonstration von ungefähr 80 Neonazis aus Norddeutschland. Zu der Demonstration hatten unter anderem das *Bündnis Rechts Lübeck, JN Schleswig Holstein, Freie Kameradschaften* und *Freie Nationalisten*, zusammengefaßt im *Nationalen & Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland*, aufgerufen. Der Aufmarsch richtete sich gegen die Straf- und Rehabilitationsmaßnahmen deutscher Richter, bei der Verurteilung von Sexualstraftätern. In einem Flugblatt forderten die Herausgeber, das *Volkstreue Exekutionskomitee „Recht vor Gnade"*, die öffentliche Hinrichtung verurteilter Täter. In dem Landkreis wurde ein lange vermißtes Mädchen tot und vergewaltigt aufgefunden. Die öffentlichen Medien begleiteten von der Suche bis zur Beerdigung des Mädchens den ganzen Mordfall.
Die Achtzig, zum Teil sehr jungen Neonazis wurden unterstützt von Kadern aus ganz Norddeutschland. Anwesend waren unter anderem *Christian Worch (HH), Bernd Stehmann (Bielefeld), Tanja Bajen (JN Hildesheim), Markus Privenau (Ex – HB), sowie sein Zögling Michael Kurzeja (HB).*

Die Bullen waren mit mehr als einer Hundertschaft und vielen „Zivilkräften" vor Ort, um den reibungslosen Ablauf des Aufmarsches zu gewährleisten. Nach Beginn der Demo versuchten etwa 70 AntifaschistInnen in der Fußgängerzone den Faschomarsch anzugreifen und zu beenden. Dies gelang leider nicht. Statt dessen knüppelten die Bullen den Nazis den Weg frei und die Demo konnte ungestört fortgesetzt werden. Der Versuch der Cops, möglichst viele Antifas im nachhinein festzunehmen mißlang.

Abschließend läßt sich folgendes festhalten: Die Nazis begrenzen ihren Aktionsraum nicht mehr ausschließlich auf den Osten von Deutschland. Jedes Wochenende häufen sich die Meldungen über kleinere und größere Aufmärsche der Neonazis in ganz Deutschland. Allein die Demonstrationen und Versammlungen in den ersten vier Monaten dieses Jahres machen deutlich, daß das Rekrutierungspotential der Faschos auf kommunaler Ebene erheblich gestiegen ist. Auch zeigen die Demogenehmigungen von Saalfeld, Dresden, Lübeck und überall, daß die Nazis legale Wege in ihren Strukturen gebündelt haben, um ihre Aufmärsche notfalls per richterlicher Verfügung durchzusetzen.

In Hinsicht auf den **1. Mai in Leipzig** (die Nazis mobilisieren für einen nationalen Tag der Arbeiter dorthin) und auf die bevorstehenden Bundestagswahlen ist es absolut notwendig, den Nazis ihren neuen/alten Platz auf der Straße wieder zu entreißen. Dazu müssen wir aber mit viel mehr Leuten an den Orten sein, wo die Nazis marschieren oder sich versammeln wollen.





„Zu spät…“













die Schlinge zu. Du merkst es nur, wenn du dich bewegst. Wie Ketten, die bemerkst du auch nur, wenn du dich bewegst. Aber wer bewegt sich heute schon. Starr vor Angst hocken die meisten da. Lecken die Stiefel der Macht, die sie bald zu spüren bekommen. „Herrenvölker“ haben Sklavenseelen. Kaltes Aushungern stand für die Flüchtlinge an. Das und noch mehr: Sondergesetze, Bespitzelung und Razzien, Abschiebeknäste und Deportationen. Nein, nicht in verplombten Zügen. Aber in Flugzeugen, mit BGS Bullen, die ihre Opfer noch bezahlen mußten. Und wenn du nicht willig bist dich in Elend, Folter und Mord abschieben zu lassen, dann halt mit Gewalt. „Unschön“ nannte die Regierung die Abschiebpraxis und nannte die Folterpraxis der „Schaukel“ im Bürener Abschiebeknast „normal“. Und der BGS tötete. Wie damals am Frankfurter Airport. Keiner von ihnen wurde zur Rechenschaft gezogen. Keiner, der an den neuen deutschen Demarkationslinien, das Bollwerk des Ausbeuterstaats gegen die Ausgebeuteten bewachte, hatte mit Sanktionen zu rechnen. Erst recht nicht ihr Chef, Kanther. Dutzende Todesopfer hatte der antidemokratische Schutzwall schon gekostet und würde es auch weiterhin kosten.

Mit dem neuen Gesetz war die Schlinge aus Draht ein bedeutendes Stück zugezogen worden. Was hatte der Pfaffe damals noch gesagt: Erst die Kommunisten und es hat mich nicht gekümmert, dann die Sozialdemokraten und es hat mich nicht gekümmert, jetzt ich und es ist niemand mehr da, der sich kümmern kann. Die Zeiten sind anders, aber die Zustände wurden immer ähnlicher.
Scheiße, der Regen nervte.
Bald würden Wahlen sein. Er sah sie wieder, diese Shows und Spektakels, wie sie alle Jahre zelebriert wurden. Diesmal beim heiteren Parteienraten: *„Welches völkische Schweinerl hätten sie denn gerne? Ach das mit dem Lockruf Sozialfaschist? Sehr brav. Hundert Jahre SPD tun dem Kapital nicht weh. Ja,ja das Schweinerl hat Durchfall. Grüne Flitzkacke. Sie nehmen es auch so? Prima. Wie darf ich es ihnen denn einpacken? Nehmen wir doch das aktuelle Guildo Horn Plakat. Piep, piep, piep, wir haben den Führer lieb! Entschuldigung, das war ein Witz. Wissen sie, ich übe gerade für die Harald Schmidt Show.“*
Wenn er schon daran dachte kam ihm die kalte Kotze hoch: Wahl / Funkultur, Funkultur / Wahl. Der Meister wird es Europa schon zeigen, daß Deutschland Humor besitzt. Jawoll, und was für einen. Und irgendwann schenkt der Meister den Clowns eine Stadt. Denn es gibt nur einen Meister in Deutschland. Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.

Und die alten GenossInnen?
Innere Emigration in die
Funkultur.
Sie waren wenige geworden.



Zusammen würden sie es dem
Pack zeigen.
Aber jetzt war genug gegrübelt.
Die Sache war gecheckt, alle
Einzelheiten durchgesprochen,
der Termin stand. Er mußte
pünktlich sein.



-GELÖBNIS 10.6.-

Gelöbnix-Vorbereitungstreffen: Auskunft im Kampagnenbüro

Kampagne gegen Wehrpflicht Zwangsdienste Militär

e-mail info@Kampagne.DE
Internet: http://
www.Kampagne.DE
Bankverbindung: Konto 199567
BLZ 500 901 00 Ökobank e.G.

10999 Berlin
Oranienstr. 25
Fon 030/61500530
Fax 030/61500529

Wir stören Sie gern,

wenn es um das

öffentliche Rekrutengelöbnis

am 10. Juni 1998 in Berlin geht!

Wir wollen kein öffentliches Rekrutengelöbnis in Berlin, weil wir keine Militarisierung des öffentlichen Raumes wollen. Wir sind der Meinung, daß gerade Berlin, als Hauptstadt der BRD und insbesondere angesichts der Tatsache, daß zwei Weltkriege von deutschem Boden ausgegangen sind, eine besondere Verantwortung für Frieden und Abrüstung hat und dieser gerecht werden muß. Dies verträgt sich in keiner Weise mit der Militarisierungsstrategie von Bundesregierung und Senat.

Das Schauspiel eines öffentlichen Gelöbnisses will den Wert des Militärischen wieder tiefer prägen, ist der Auftakt zur Umwandlung von Personen in die sprichwörtlichen Rädchen in einer militärischen Männlichkeitsmaschine und soll Zustimmung oder Begeisterung wecken für eine Dokumentation militärischer Macht.

Nachdem in den vergangenen Jahren die Pläne von Bundesverteidigungsminister Rühe und Berliner Senat, nach dem Abzug der Alliierten, mit öffentlichen Gelöbnissen Traditionen des preußischen Militarismus in Berlin wieder aufleben zu lassen und das Militär zu einer städtischen Alltagserfahrung zu machen, nicht aufgegangen sind, will der Ex-General Schönbohm nun beweisen, daß Berlin doch hardthöhentauglich ist.

Wir werden weder zulassen, daß mit militärischen Veranstaltungen wie Zapfenstreich und Vereidigung vom strukturellen Rechtsextremismus in der Bundeswehr abgelenkt wird, noch werden wir aufhören zu thematisieren, daß es einen Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Repression gibt. Wir fordern die Bevölkerung Berlins auf, sich einer Inbesitznahme öffentlicher Räume durch die Bundeswehr entgegenzustellen.

Wir wollen tanzen, nicht marschieren,
lustig sein und nicht gehorchen.
Mit Kultur, Lärm und Phantasie gegen das öffentliche Gelöbnis!

JungdemokratInnen/Junge Linke; PDS Berlin; AMOK; Stefan Zwingel, Berlin-Event-Conzerts; Helga Apel dipl.-pol.; Marion Wettach, Flüchtlingsrat Berlin; Grüne Jugend; Alexander Kohl; AOK; Martin Hantke dipl.-pol.; Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Berlin; Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Potsdam; JUSOS, Judith Demba, MdA ; AG Junge GenossInnen; Friedensinitiative Wilmersdorf; Kritische GewerkschafterInnen; Berliner Jugendwahlbündnis 98 (DGB-Jugend, Jugendorganisationen der Einzelgewerkschaften, Landesjugendring, LandesschülerInnenvertretung, Junge Presse Berlin, BUND Jugend, BDJK, Falken u.a.)



Bundeswehr-Gelöbnisse verhindern!

Nicht nur in Berlin, Bremen und Mainz werden in diesem Jahr öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr stattfinden bzw. sind solche militaristischen Propagandaveranstaltungen geplant. Allein im April finden auch in zahlreichen anderen Orten Gelöbnisse statt. Diese zunehmende Militarisierung des öffentlichen Raumes können wir nicht widerspruchslos hinnehmen. Wir veröffentlichen eine Liste der im April geplanten Gelöbnisse und der beteiligten Truppenteile, damit diese kritische Öffentlichkeit erhalten:

1.4.	Sonthofen	ABCAbwLBtl 210, Sonthofen
2.4.	Bad Feilnbach	2./GebPtBtl 8, Brannenburg
2.4.	Großbarnsdorf	5./PzGrenBtl 352, Mellrichstadt
2.4.	Lahnstein	PiBtl 320, Lahnstein
3.4.	Dellbrück	PzBrig 21, Augustdorf
3.4.	Frankenberg	PzArtBtl 375, Frankenberg
3.4.	Neuenmarkt	II./LwAusbRgt 3, Bayreuth
7.4.	Ichenhausen	TrspBtl 220, Günzburg
8.4.	Krün	GebJgBtl 233, Mittenwald
16.4.	Bad Hersfeld	PzArtBtl 355, Wildflecken
16.4.	Burg	LogRgt 41, Burg
16.4.	evtl. Großbarndorf	4./PzGrenBtl 352, Mellrichstadt
17.4.	Herbertingen	I./LwAusbRgt 3, Mengen
17.4.	Oranienburg	PzArtBtl 425, Lehnitz
21.4.	Haidmühlen	GebPzAufklBtl 8, Freyung
21.4.	Höchstedt	FmBtl 230, Dillingen
21.4.	Lamspringe	SanRgt 1, Hildesheim
21.4.	Pressath	InstBtl 4, Regensburg
22.4.	Delmenhorst	LogRgt 1, Delmenhorst
23.4.	Bogen	PiBtl 4, Bogen
23.4.	Elbingerode	PzGrenBtl 12, Osterode
23.4.	Hermeskeil	RakArtBtl 52, Hermeskeil
23.4.	Murnau	GebSt/FmBtl 8, Murnau
23.4.	Mühlhausen	ArtRgt 13, Mühlhausen
23.4.	Schlotheim	BeobArtBtl 131, Mühlhausen
23.4.	Wolfram-Eschenbach	PzBtl 304, Heidenheim
24.4.	Marne	III./LwAusbRegt I, Heide
24.4.	Siegen	SanRgt 5, Rennerod
28.4.	Hoya	PzBtl 33, Luttmersen
29.4.	Nienburg	ArtRgt 1, Nienburg
29.4.	Wilster	MSichRgt, Glückstadt

DRINNEN IST WIE DRAUßEN II

Sexismus ist keine Nebensache !

Der vorangegangene Text sollte bereits vor zwei Wochen erscheinen. Wir haben ihn aber nicht abgegeben, allein zum Schutz von zwei oder drei Tommy-Haus Bewohnern, die eine klare Position haben, damit offensiv umgehen und immer noch bereit waren, im Haus zu bleiben und zu kämpfen. Das mag zunächst übertrieben erscheinen, aber wer in der letzten Interim über ein Hausplenum gelesen hat, hat wohl einen Eindruck der HERRschenden Zustände im Haus erhalten. Nach diesem Plenum verließen drei BewohnerInnen fluchtartig des Haus. Diejenigen, die das Haus mit ihrer ewigen Nörgelei nicht in Ruhe lassen, werden massiv unter Druck gesetzt, insbesondere eben wegen eventueller Veröffentlichungen. Es soll niemand wissen, wie schmutzig es bei uns zu Hause ist und nach zwei Wochen Ärger müssen wir uns wieder wichtigeren "praktischen statt theoretischen Dingen" zuwenden, als ob es keine alltägliche sexistische Praxis gäbe.
Zur Zeit wird versucht, die schöne Fassade des TWH zu retten. Es soll der Eindruck erweckt werden, daß die Geschehnisse der letzten 3 Wochen Ausrutscher seien, daß Fehler von allen eingesehen wurden und daß nun alle bereit seien, die nötige Auseinandersetzung über Vergewaltigung, Sexismus und Gewalt zu führen. Doch trotz der detailreichen Schilderung, ist vielen noch immer nicht klar, daß eine Vergewaltigung stattgefunden hat, geschweige denn, daß die Definitionsmacht einzig und allein endlich mal bei der Frau liegt. Von KritikerInnen wird verlangt, sie hätten sich mit dem Täter auseinanderzusetzen gehabt, außerdem würden sie aus einer Mücke einen Elefanten machen.
Macker, die mich als Schlampe und wiederholt als Mistvotze beschimpft und mir Schläge angedroht haben, werden geschützt. Dagegen wird einer, der auf dem folgenden Plenum für ein solches Verhalten Konsequenzen einfordert nur ausgelacht. Sätze wie:"Wir unterstützen keine Gewalt! Wir unterstützen keine Vergewaltiger!" werden von Leuten unterschrieben, die selbst äußerste Wortgewalt ausüben, Prügel u.a. androhen wo sich die Gelegenheit bietet, die selbst in vergangenen Beziehungen Schläge ausgeteilt haben, die "supergut mit der Situation umgegangen sind", die dem Vergewaltiger einen Monat zum Ausziehen gegeben hätten und die immer wieder betonen, daß sie keinen Diskussionsbedarf über den Umgang mit Vergewaltigungen hätten, wogegen sie monatelang mit dem Typen geredet haben, als er seine Freundin prügelte.
Die jüngsten Vorfälle im TWH sind vielleicht der Gipfel eines von Sexismus und Gewalt geprägten Alltags, aber sie sind sicher keine "Ausrutscher". Deshalb ist meine Entscheidung, auszuziehen nicht erst jetzt gefallen, sondern Anfang Dezember nachdem ich 9 Monate Zeit hatte, mir ein Bild über die Zustände im Haus zu machen. Mir ist inzwischen völlig unverständlich, warum diesem Haus- vor allem vom Büro aus- immer noch ein linker Anspruch angedichtet wird. Drinnen ist davon keine Spur mehr zuentdecken! Bezeichnend genug, daß es mal für nötig befunden wurde, eine Hausordnung zu verfassen. Die Regelungen zum Umgang mit Gewalt, Drogen u.s.w., die einmal das Schlimmste verhindern sollten, werden allerdings ständig überschritten. Bei von der Gesellschaft "ausgestoßenen" werden immer noch gerne drei Augen zugedrückt. Wenn Menschen aufgrund ihrer Biographie mehr Raum für sexistisches Verhalten zugestanden bekommen, dann wird Sexismus zum Nebenwiderspruch gemacht!
Dagegen wehre ich mich, obwohl ich auch so eine überhebliche Studentin bin, der es nicht zusteht, sich über Verhaltensweisen von Nicht-an-der-Uni-Studierenden auszulassen. Zu meiner Verteidigung kann ich sagen, daß ich nicht aus einem "gehobenen Elternhaus" stamme und nicht unbedingt eine unverständliche Sprache benutze. Außerdem bin ich nicht nur Studentin, sondern spiele die unterschiedlichsten Rollen in dieser Gesellschaft, z. B. auch als Frau. Es ist vielleicht doch zu einfach, die Konflikte im TWH (und anderswo) immer wieder zwischen Studis und TreberInnen (von denen eh kaum welche im Haus sind) entdecken zu wollen. Welche Frau setzt sich mit Sexismus nur theoretisch auseinander?
Ich weiß nicht, ob es noch einen Sinn macht, im TWH das Bewußtsein der BewohnerInnen und MitarbeiterInnen wecken zu wollen. Ich kann nur dann Menschen etwas von mir und den Fragen, die ich mir stelle, vermitteln, wenn sie sich und ihr Verhalten in Frage stellen und mit mir reden wollen. Das war bisher nicht der Fall. Ich bin allerdings ohnehin schon lange nicht mehr bereit, im Urschleim herumzuwühlen. Wahrscheinlich läßt sich gegen Schönblöd und seine Schergen ebenso ein Haus durchsetzen, wie gegen die Positionen im TWH.
Beobachtet den weiteren Verlauf genauestens und laßt euch nicht durch Lippenbekenntnisse beruhigen.
Was geschieht hinter der Fassade des TWH?
Haben die Ereignisse ernsthafte Konsequenzen?
Wird den Mackern wirklich auf die Pelle gerückt?
KEIN TÄTERSCHÜTZERiNNENSCHUTZ!!!
KEINE AKZEPTIERENDE SOZIALARBEIT MIT SEXISTEN!!!

VERHALTET EUCH!

Eine TWH-Bewohnerin im endgültigen Exil



Aktion gegen SPAR und Dotterweich

"Die Profiteure rassistischer Sondergesetze haben Namen und Anschrift."

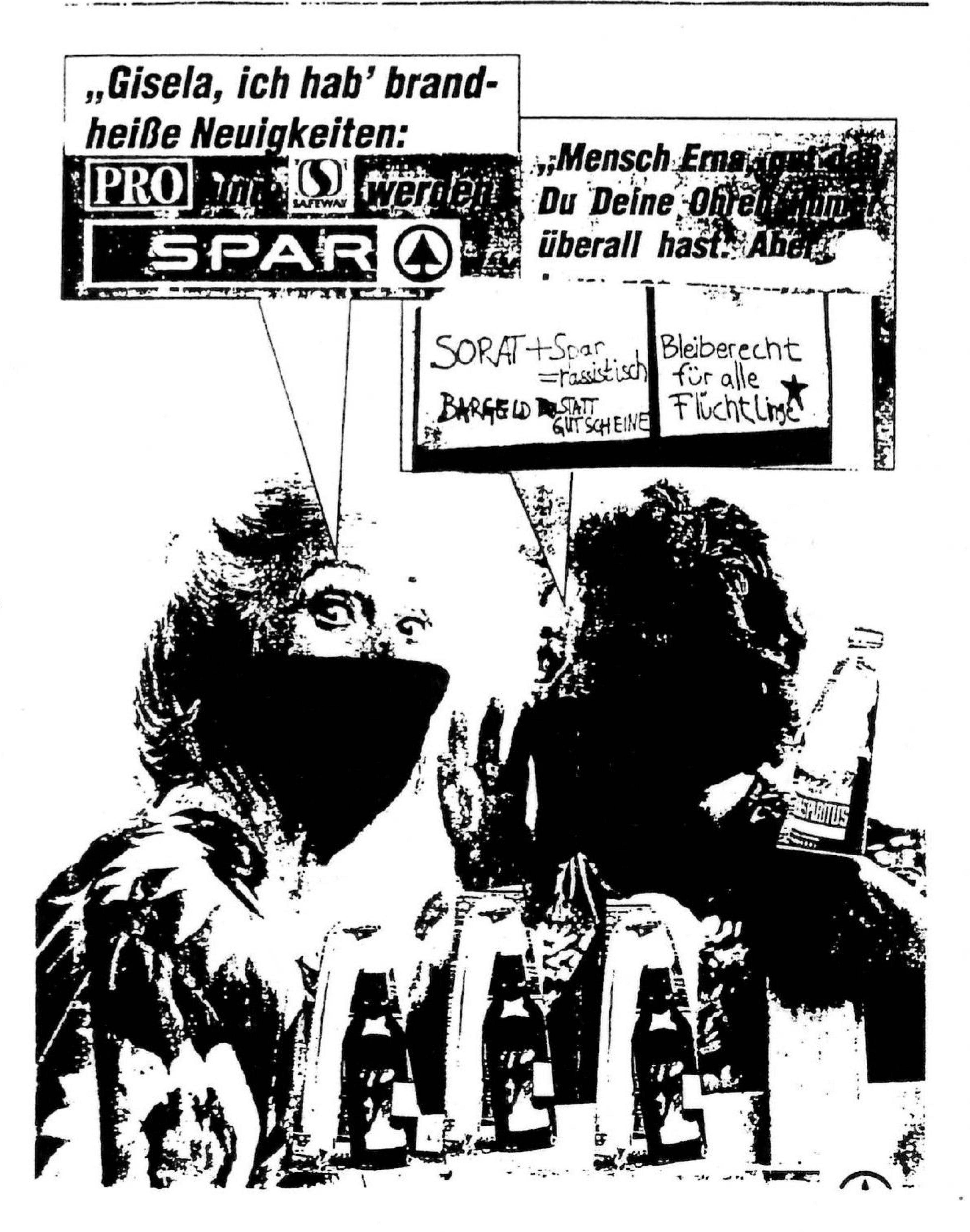
Heute morgen sind auf dem Fuhrparkgelände des Hauptsitzes der SPAR-Handels Ag, Osterbrooksweg 35-45 in 22867 Schenefeld, mehrere LKW's in Flammen aufgegangen. Nicht weit entfernt, im feinen Blankenese, wurden am Haus des SPAR-Vorsitzenden und Multimillionärs Helmut Dotterweich, Brandts Weg 6, 22587 Hamburg, Tel. 868402, Scheiben eingeschlagen und Farbe innen und außen verteilt.
Die SPAR-Handels Ag, Umsatz 1997 über 14 Milliarden DM, ist im Zusammenhang mit Intermarche'Frankreich der zweitgrößte Einzelhandelsriese Europas. Beim Ausverkauf der DDR machte SPAR mit der Übernahme der HO-Märkte ein Schnäppchen. Es folgte in den nächsten Jahren der Aufkauf eines Teils der ASKO-Kette (u.a. Bollemärkte in Berlin) und von SB-Warenhäusern. Letzter Coup: Das Schlucken alle Safeway und Promärkte. Tausende von Arbeitsplätzen wurden wegrationalisiert und blieben bei diesen Konzentrationsprozessen auf der Strecke.
Die meisten KundInnen kennen SPAR nur aus der Eigenimagewerbung als "guten Nachbarn" und aus eigener Erfahrung als "guten Abzocker" an der Kasse Den wenigsten dürfte bekannt sein, daß sich SPAR spätestens seit letztem Jahr auch an der Umsetzung rassistischer Sondergesetze beteiligt und daran verdient.
Im Sommer 1997 trat ein geändertes Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft, welches vorsieht, daß neben AsylbewerberInnen nun auch Kriegs- und Bürgerkriegs- sowie geduldete Flüchtlinge lediglich einen 80%igen Sozialhilfesatz erhalten sollen. Desweiteren läßt der Gesetzestext den ausführenden Behörden einen Ermessensspielraum, die Sozialhilfe als Sachleistungen, Bargeld oder in Form von Gutscheinen auszuzahlen. Betroffen sind von diesen Regelungen bundesweit ca. 500.000 Menschen. Einige Bundesländer (z.B. Berlin, Bayern, Baden.Württemberg) nutzten diese Gelegenheit, um neben der Auszahlung von 80,-DM Taschengeld monatlich intensiver eine Gutscheinpraxis anzuwenden. In Berlin müssen seit dem 1 1.7.97 2500 Flüchtlinge in zwei Sammelmagazinen des Sorat-Konzerns einkaufen.
Diese beiden Läden werden von SPAR beliefert.
Die Magazine haben nur kurze Öffnungszeiten, es gibt wenige frische Lebensmittel, Waren sind überteuert, viele Flüchtlinge müssen lange Anfahrtswege in Kauf nehmen, um dorthin zu gelangen (Fahrkosten gehen dann auch noch von den 80,-DM Taschengeld ab). Das Ziel dieser schikanösen Praxis ist eindeutig: Abschreckung, Ausgrenzung, Entwürdigung. Angesprochen auf die erheblichen Kosten dieses Verfahrens ("Sachleistungsprinzip" ist teurer und aufwendiger als Bargeldauszahlungen), äußerte sich der Senat in einem Schreiben an die Bezirkssozialämter unverhohlen, daß die ganze Angelegenheit auf lange Sicht gesehen werden müsse und sich der Abschreckungseffekt langfristig auszahlen w werde. Sorat (der Konzern verdient auch noch an Hotels, Flüchtlingsunterkünften, Aussiedler- und Obdachlosenheimen sowie am B.O.S.S.-Wachschutz) ließ zwischenzeitlich verlauten, sie würden sich aus dem Geschäft mit den Gutscheinen zurückziehen. Tatsächlich jedoch geht der Verkauf in den Magazinen weiter. Sorat beteiligt sich sogar an der Ausschreibung für ein Chipkartensystemprojekt für bargeldlosen Einkauf, was der Berliner Senat dann gerne auf alle Flüchtlinge in der Stadt anwenden möchte.

Erst kürzlich tat sich Berlin erneut mit einem Plan hervor, die Lebensrealität von Flüchtlingen hier noch weiter zu verschärfen. Über den Weg einer Bundesratsinitiative wurde im Schulterschluß mit Glogowskis Niedersachsen, Bayern und Baden - Württemberg eine weitere Änderung des Asylbewerberleistungsgesetze angestrebt: "Ausreisepflichtige" und "geduldete AusländerInnen" sollen grundsätzlich kein Anrecht mehr auf Sozialhilfe, Wohngeld sowie medizinische Versorgung haben. Nur eine Rückfahrkarte in ihr "Herkunftsland" und Zehrgeld wird ihnen zugestanden.
Betroffen wären hiervon z.B. Flüchtlinge aus Bosnien, dem Kosovo, Vietnam, Kriegsflüchtlinge aus Somalia und Afghanistan.
Den Bundesrat passierte dieser Vorstoß ziemlich glatt. Das Bundesgesundheitsministerium hat auf Proteste hin Ende Februar einige einschränkende Änderungsvorschläge gemacht und den Angriff etwas abgeschwächt. Die nächsten Monate werden zeigen, wie Bundesregierung und Bundestag dieses widerwärtige Vorhaben auszuformen gedenken und ob sich Widerstand dagegen entwickelt.

Wir beziehen uns mit unseren Aktionen auf die Proteste der Betroffenen, die Kundgebungen und militanten Initiativen in Berlin gegen Sorat (so das Abfackeln ihrer Hoteljacht Angang Januar 98, die Entglasung zweier Hotels Mitte Dezember 97) als auch auf die Anschläge auf die SPAR Niederlassung Mittenwalde August 97 und die Kaisersfiliale in Berlin am 3.10.97, Sprühaktionen gegen Lebensmittelgeschäfte im September 97.
Die Organisationsform von Profiteuren wie SPAR und Sorat bietet viele Möglichkeiten, initiativ zu werden.
Die SPAR-Handels Ag hat Märkte überall in der BRD, auch Sorat's Tätigkeitsbereich ist nicht auf Berlin beschränkt. Die UrheberInnen neuer rassistischer Gesetzestexte lassen sich auskundschaften und angreifen.

-Machen wir Sorat, SPAR, Weigl und wie sie sonst noch alle heißen einen Strich durch die Rechnung
-Schluß mit der rassistischen Gutscheinpraxis, weg mit den Sondergesetzen!
-Grenzen auf, Bleiberecht für alle!!

Hamburg, 29.3.98



Auf zum antirassistischen Sommer

Zum Stand der Kampagne »kein mensch ist illegal«

Ende Juni letzten Jahres wurde der Aufruf zur Initiative "kein mensch ist illegal" von 30 Gruppen aus den antirassistischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Bereichen der Flüchtlingsunterstützung beschlossen und seither mittels einer Reihe von Pressekonferenzen, Unterschriftensammlungen, einer Großanzeige in der Frankfurter Rundschau, einer achtseitigen taz-Beilage, Radiosendungen und lokalen Veranstaltungen weiter verbreitet. (siehe ak 405) Nach drei bundesweiten Arbeitstreffen mit steigender TeilnehmerInnenzahl soll nun eine Art Zwischenbilanz gezogen werden. Dies wird mit einem Ausblick auf die geplanten Aktivitäten im Sommer '98 verbunden.

In den Diskussionen antirassistischer Gruppen, die vor dem Aufruf geführt wurden und aus denen dieser dann hervorging, wurde festgestellt, daß die antirassistische Bewegung "auf politischer Ebene den (...) Verschärfungen, der sicherheitspolitischen Debatte über Innenstadtkontrollen und organisierte Kriminalität, den verstärkten Grenzkontrollen und dem Abschiebeterror wenig entgegenzusetzen" habe. "Aber wir sehen eine ganze Menge Gruppen und Zusammenhänge, die doch relativ beständig Unterstützungsarbeit leisten, die für sich Umgangsweisen oder Vermittlungen zwischen politischer Öffentlichkeitsarbeit und ‚sozialer Kleinarbeit' gefunden haben, die immer wieder Kontakte und Erfahrungen mit - auch illegalisierten - Migrantinnen haben oder suchen." (1)

Ziele der Kampagne

Der Aufruf zur Kampagne "kein mensch ist illegal" ist ein Versuch, den aktiven Gruppen und Zusammenhängen über die grundlegende Forderung nach uneingeschränkten Menschenrechten für Flüchtlinge und Migrantinnen hinaus einen gemeinsamen politischen Rahmen zu geben. Dieses "Angebot" wurde angenommen, wie mensch an der Breite der den Aufruf unterzeichnenden Gruppen und Einzelpersonen erkennen kann. Göttingen und Köln sind hier als besonders positive Beispiele zu nennen. In Göttingen wurde die Kampagne genutzt, nach jahrelanger Distanz zwischen antirassistischen und kirchlichen Gruppen ein gemeinsames Bündnis zu bilden. (siehe ak 409) In Köln wird die aktuelle Protestaktion illegalisierter kurdischer Flüchtlinge gemeinsam vom lokalen Kampagnen-Netzwerk und den Kirchen unterstützt. Auch in Berlin, München, Hamburg, Stuttgart sind lokale Initiativen und Bündnisse entstanden. Sie haben unterschiedliche Zusammensetzungen und Prioritäten. An weiteren Orten werden lokale Ereignisse mit der Losung "kein mensch ist illegal" verknüpft, so z.B. bei den Unterstützungsaktionen für Hungerstreikende im Abschiebeknast von Rottenburg, bei einer Bündnis-Demonstration gegen Massenabschiebungen in Oberhausen und beim Aktionstag zum Tag der Menschenrechte am Frankfurter Flughafen.

Die Kampagne bietet so einerseits ein Dach für ohnehin anstehende Aktionen der Unterstützung von Flüchtlingen, andererseits ist sie der Anlaß für gemeinsame politische und praktische Aktivitäten. Das kann bereits als Erfolg gewertet werden.

Über lokale Bündnisse und Aktivitäten hinaus sind die bundesweiten Arbeitstreffen der Kampagne ein Forum, um einzelne Bereiche der Unterstützung illegalisierter Flüchtlinge gezielter zu thematisieren. So wird derzeit die Verbesserung der medizinischen Versorgung Illegalisierter diskutiert. Die bestehenden Büros und Anlaufstellen in Berlin, Bochum, Köln, Hamburg, Bielefeld sollen zudem vernetzt werden. Weitere Projekte zur medizinischen Versorgung Illegalisierter sind derzeit im Entstehen bzw. geplant. Auch hier kann von einer positiven Entwicklung gesprochen werden. Aber: erklärtes politisches Ziel dieser Projekte ist es, illegalisierten MigrantInnen den Zugang zur allgemeinen Gesundheitsversorgung zu verschaffen und sich letztlich wieder entbehrlich zu machen.

kein
mensch
ist
illegal

Ein weiteres wichtiges Thema bei den Arbeitstreffen ist die - private oder kommerziell betriebene - Fluchthilfe, gemeinhin bekannt und verteufelt als "kriminelle Schlepperei" und "Schleuserei". In der Arbeitsgruppe wurden erstmals Überlegungen angestellt, wie der bisher von seiten der FlüchtlingsunterstützerInnen tabuisierte Bereich notwendiger Fluchthilfe "entdämonisiert" werden könne. Erste praktische Resultate sind der "Reader zu Fluchthilfe und deren organisierter Kriminalisierung" (2) und mehrere Veranstaltungen zum Thema. Darin wird die Notwendigkeit dieser Dienstleistung "Fluchthilfe" verdeutlicht.

Zur Umsetzung der Forderung, MigrantInnen Schulbesuch und Ausbildung zu ermöglichen gibt es bislang erst wenige Initiativen. Ein Beispiel kommt aus Köln. Dort mußte eine Anweisung der Behörden an die Schuldirektionen, illegalisierten Kindern den Schulbesuch zu verweigern nach öffentlichen Protesten, an denen auch das Kölner Karmpagnen-Netzwerk mitwirkte, zurückgenommen werden. In Berlin fand zum Beginn des Schuljahres eine Aktion des FrauenLesben-Bündnisses gemeinsam mit illegalisierten Migrantinnen statt. Sie forderten das Recht auf "Schule für Alle". Auch bei einer GEW-Veranstaltung wurde das Thema daraufhin in den Mittelpunkt gestellt.

Schwierig ist es auch, die Forderung nach Arbeit für Illegalisierte zu verwirklichen. Diese müssen sie sich in der Regel selbst als "Schwarzarbeit" suchen. Es ist notwendig, diese Problematik auch mit GewerkschafterInnen zu diskutieren. Deren Führungen beteiligen sich aber bisher an der unsäglichen Kampagne "illegal ist unsozial" oder lassen - wie bei der IG Bau - verbale rassistische Angriffe gegen ausländische ArbeiterInnen vom Stapel. Mit welchem Ziel solche Diskussionen geführt werden könnten, soll mit einem Passus aus einem Diskussionsbeitrag zur Kampagne verdeutlicht werden: "Die wachsende Zahl von Illegalisierten schafft bekanntlich einen Markt von extrem ausbeutbaren Arbeitskräften; dieser Markt wird genutzt, er drückt auf den ‚legal' verfaßten Arbeitsmarkt und hilft, die Deregulierung weiter voranzutreiben. Ein Zusammenhang, der nicht deshalb übersehen werden darf, weil auch Blüm ihn sieht. In Frankreich hat dieser Zusammenhang jedenfalls die Solidarität von Gewerkschaften und sans papiers begründet. (...) Die sans papiers haben den Gewerkschaften klar gemacht, daß eine alte Position der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen von Konkurrenz zwischen illegalisierten und legalen Arbeitskräften in neuer Form praxisleitend sein muß. Der Konkurrenzkampf zwischen den verschiedensten Anbietern der Ware Arbeitskraft muß minimiert werden, deshalb gehören auch Illegalisierte in die Gewerkschaften, und beide kämpfen um dasselbe: um ‚soziale Menschenrechte'". (3)

"Eine Bewegung wie die der Papierlosen, der ‚sans papiers' in Frankreich (...) ist hier nicht in Sicht. Gleichwohl müssen wir uns konkret die Frage stellen, wie wir die Kontakte zu Projekten der Selbstorganisierung von MigrantInnen verbessern können, und wie wir ihre Ansätze flankieren können." (4) Gelegenheit dazu besteht im Sommer '98, wenn die vom Internationalen Menschenrechtsverein - eine Flüchtlings- und MigrantInnenorganisation in Bremen - initiierte "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" auf die Reise geht.

Kritik und Diskussionen

Nicht verschwiegen werden soll, daß die Kampagne "kein mensch ist illegal" nicht überall in der antirassistischen und Flüchtlingshilfebewegung ungeteilte Zustimmung erfährt. So wurde der Aufruf von einer antirassistischen Gruppe als "zu reformistisch" erklärt - gleichzeitig unterstützt sie die Kampagne als solche -, andere Gruppen sind abwartend oder distanziert. Begründungen hierfür sind schwer zu erhalten.

Auch haben sich z.B. Pro Asyl als "Dachverband" der Flüchtlingslobby und die Bundesarbeitsgemeinschaft "Asyl in der Kirche" bisher nicht zu einer Unterstützung der Initiative bereit erklärt. Letztere übrigens im Gegensatz zum Ökumenischen Netzwerk "Asyl in der Kirche" Nordrhein-Westfalen, das den Aufruf unterzeichnete, allerdings unter dem Vorbehalt, "was manche Formulierung und insbesondere die Feststellung angeht, wonach jeder Mensch das Recht hat, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will." Die Intention des Aufrufs, Menschen ohne Papiere politisch und praktisch zu helfen, unterstützt das Netzwerk dagegen vorbehaltlos.

Da die Kampagne von sehr unterschiedlichen Gruppen getragen wird, gibt es innerhalb der Kampagne Diskussionsbedarf. Die Antirassistische Initiative Berlin (ARI) kritisierte am Aufruf, daß dort keine Forderung an den Staat enthalten sei. Die ARI findet die "Forderung nach Legalisierung aller in Deutschland lebenden MigrantInnen im Rahmen der Kampagne" sinnvoll und notwendig als Teil eines politischen Vorschlags, der "andere gesellschaftliche Gruppen erreichen kann, also auch Gruppen, die ein anderes Verhältnis zum Staat haben wie wir" und der "im staatlichen Rahmen zu verwirklichen ist".(5)

Diese Vorstellung stieß auf vehemente Widerrede der Initiatorinnen des Aufrufs. Es gehe "im Moment vorrangig darum, eigene Strukturen, Netzwerke und Artikulationsformen auszumachen, aufzubauen und voranzutreiben, um der staatlichen Anerkennungs- und Abschiebemaschinerie entgegentreten zu können", erwiderte die Gruppe [n.s.i.a.m.p.] aus München. Sie sehe darin "die Chance zu einer sozialen und politischen Praxis, die dem Staats-Rassismus auch tatsächlich etwas entgegenzusetzen hat - und sei es kurzfristig oder von vorübergehender Dauer." Und: "Jeder Forderung nach einer Legalisierung von Staats wegen muß, will sie keine Balkonrede sein, eine ‚Legalisierung von unten' vorangehen, die den Herrschenden zumindest keine andere Wahl läßt, als Teillösungen zu offerieren." (6)

Beim Arbeitstreffen der Kampagne in Göttingen wurde diese Debatte in einer Arbeitsgruppe fortgeführt. Diese stellte fest, daß "die vorgebrachten Standpunkte einander nicht notwendigerweise ausschließen. Letztlich werde "ein flexibler Umgang (...) einem statischen Verständnis, was zu tun oder zu lassen sei, vorgezogen. (...) Demnach stützten sich politische Forderungen auf die konkrete Lage vor Ort. Sinn mache dann eine regionale Vernetzung für die Unterstützung solcher Forderungen. (7) Das entspricht bereits der Praxis, denn bei lokalen, mit der Kampagne verbundenen Aktivitäten, wie z.B. den Protesten gegen das Schulverbot für illegalisierte Kinder in Köln, werden durchaus ganz konkrete Forderungen gestellt.

Resonanz

Wie jede Kampagne lebt natürlich auch diese von der Resonanz, die sie in der Öffentlichkeit erfährt. Erste Schritte, die Initiative über die "eigenen Kreise" hinaus bekannt zu machen, waren eine Pressekonferenz in Bonn im Oktober 97 und eine Großanzeige in der Frankfurter Rundschau wenige Tage später. Die darauf erhoffte überregionale Berichterstattung war mäßig. Erst später fand die Kampagne in regionalen Zeitungen und in verschiedenen Radiosendungen Beachtung. Erst eine taz-Beilage im Dezember führte zum verstärkten Medieninteresse. Mittlerweile sind auch zunehmend Fernsehsender interessiert.

Öffentlichkeit sollte kein Selbstzweck sein, deshalb sind die bisherigen Resultate durchaus zufriedenstellend, denn der Aufruf und seine Forderungen werden bei jenen bekannt, an die beides gerichtet ist. Es besteht die Hoffnung und die Erwartung, daß die Kampagne auch zu einer politischen Kraft wird, die dem rassistischen Konsens mit seinen alltäglichen Konsequenzen und in Form weiterer Zuspitzungen der Angriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen wirkungsvoll entgegentreten möge. Der Ansatz dazu könnte der Vorschlag vom Berliner Kampagnen Bündnis sein, sich als bundesweite Initiative überall regional und lokal gegen die neuerliche Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes stark zu machen. (8)

Gibt es einen antirassistischen Sommer?!

Beim letzten Kampagnentreffen wurden mehrere überregionale Aktionen diskutiert. Schon beim letzten Treffen in Kassel gab es den Vorschlag, ein Aktionscamp an der Grenze zu Polen und Tschechien durchzuführen. Das Konzept der Einreiseverhinderung von BGS und seiner Hilfstruppen soll öffentlich gestört werden. Dies wurde konkretisiert. Vom 3. bis 7. Juli findet ein FrauenLesben-Camp statt. (9) Das (gemischte) Camp mit dem Motto "Spiel ohne Grenzen" findet einige Wochen später, vom 25. Juli bis 2. August statt. (10) Beide Camps werden nicht als gegenseitige Konkurrenz begriffen, sondern als sich wechselseitig verstärkend. In der "heißen Phase" des Wahlkampfes - von Mitte August bis 20. September - wird die "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" durch die BRD ziehen. Auftaktveranstaltung für den "heißen Sommer" wird eine bundesweite Demonstration zum Frauenabschiebeknast in Neuss am 13. Juni sein. Nach den großen Demos der letzten Jahre zum größten Abschiebeknast in Büren soll mit der Demo in Neuss insbesondere die Situation illegalisierter Frauen thematisiert und den Forderungen nach einem eigenständigen Aufenthaltsrecht für Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen und nach Anerkennung sexistischer und sexualisierter Verfolgung als Asylgrund Ausdruck verliehen werden. (11)

M., AG3F
(aus: ak)

Anmerkungen:

1) aus: "Entwurf für einen Begleittext zum Aufruf ‚kein mensch ist illegal'", Juni 1997
2) "Reader zu Fluchthilfe und deren organisierter Kriminalisierung", 60 S., 6 DM, Bezug: AG3F Metzgerstr. 8, 63450 Hanau
3) aus: "Gedanken zur Debatte um Sinn und Inhalt der Kampagne von A.K., Kölner Netzwerk „kein mensch ist illegal" 28.11.97, in: kmii-Rundbrief No. 2, Dez. 97
4) aus: "Einige gesellschaftliche und politische Emschätzungen" von der Berliner Initiative „kein mensch ist illegal" in: kmii-Rundbrief No. 1, Okt. 97
5) aus: "Eine klare Forderung stellen! Ein Beitrag zur Diskussion über die Kampagne 'kein mensch ist illegal' von Antirassistische Initiative (ARI) e.V. Berlin, u.a. in: kmii-Rundbrief No. 2, Dez. 1997
6) aus: "Eigene Strukturen schaffen!" von n.s.i.a.m.p.-München, in: kmii- Rundbrief No. 2, Dez. 1997
7) aus: Protokoll der AG Inhaltliche Diskussion, in: kmii-Rundbrief No. 3, Febr. 1998
8) Kontakt: Berliner Initiative „kein mensch ist illegal", c/o FFM, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
9) Kontakt: Symbiose e.V., Stichwort: „Sommerfrische", Kinzigstr. 9, 10247 Berlin, Tel. 030/2947688, Fax 030/29492120
10) Kontakt: Fritz c/o FFM, s.o.
11) Kontakt: Infoladen Anschlag, Heeper Str 132, 33607 Bielefeld



Rassistische Razzienkultur im Herzen Berlins... und die antirassistische Opposition ?

Auswertung der Breitscheidplatzaktionen, Frühjahr 1998

Seit Frühjahr 1996 haben der Berliner Innensenat und die Polizeibehörden die Razzien, vor allem gegen MigrantInnen, deutlich verschärft. Neben Razzien an Arbeitsplätzen (wie Baustellen, Restaurants, Putzbetrieben) und in Privatwohnungen wurden zunehmend öffentliche Orte ins Visier genommen: Sprachschulen, Discos, öffentliche Plätze, U-Bahnstationen, Parks. Über 30 Plätze und Gegenden gelten seit 1996 als sogenannte "gefährliche Orte". Hier können willkürliche, sog. "verdachtsunabhängige Personenkontrollen" durchgeführt werden, was freilich schon länger polizeiliche Praxis ist und, u.a. in Bayern, schon landesweites Gesetz. Nirgends sollen sich MigrantInnen vor Polizeischikanen, Kontrollen und brutalen Übergriffen der Bullen mehr sicher fühlen. Die Bullen gehen dabei - "verdachtsunabhängig" - überwiegend gegen MigrantInnen vor, die nach Hautfarbe und Aussehen selektiert werden, aber auch gegen Junkies und Obdachlose. Viele von diesen Razzien und Polizeiübergriffen gibt es seitdem täglich in dieser Stadt. Es hat sich eine rassistische Razzienkultur entwickelt, die längst zum Alltag geworden ist: ein Alltag, von dem die meisten von uns kaum etwas mitbekommen, sich viele aber auch scheinbar nicht drum scheren, während die guten Deutschen, die's sehen, sich über die tatkräftige Polizei freuen - und sich gleich viel sicherer fühlen.

Im August 1996 haben sich einige MigrantInnen bei der ARI gemeldet, die von Razzien betroffen waren, d.h. willkürlich von der Polizei zusammengeknüppelt, bedroht, rassistisch beschimpft und ohne Vorwand verhaftet worden waren. Daraufhin gab es erste größere Treffen von verschiedenen antirassistischen Gruppen und Betroffenen und ihren Angehörigen. Erst auf diesen Treffen wurde vielen die Dimension des Razzienterrors auf öffentlichen Plätzen richtig klar, die sich zudem nicht mehr nur gegen Illegalisierte richteten, sondern gegen alle Schwarzen und MigrantInnen, auch die mit deutschem Paß. Auf den Treffen wurde jede Menge "rage" und Empörung von MigrantInnen artikuliert; mensch wolle das nicht weiter hinnehmen ("enough is enough"). Auch unterschiedliche Herangehensweisen wurden deutlich: während "wir" (antirassistische Gruppen) hauptsächlich an einer gemeinsamen politischen Organisierung, an gemeinsamen Aktionen interessiert waren, waren für die MigrantInnen rechtliche Möglichkeiten genauso wichtig. Seit längerem gab es bei den anwesenden Gruppen bereits Überlegungen, gegen die neue Razzienwelle etwas zu machen; Kleinkampagnen (wie die "Razzia-Nix-Da"-Plakate) waren vorangegangen. Wir waren nun ziemlich begeistert, daß sich gleich einige MigrantInnen gemeinsam wehren wollten, die von den Übergriffen absolut genug hatten.

Aktionen und Ziele

Aus den ersten Treffen und inhaltlichen Diskussionen gingen erste Papiere hervor: Flugis, Redebeiträge und politische Statements von Betroffenen zur neuen 'Apartheid' auf dem Breitscheidplatz und anderswo, sowie erste Dokumentationen von verschiedenen Betroffenen-Berichten zu Polizei-Übergriffen. Es wurden AnwältInnen vermittelt, wobei sich die Präsenz von MigrantInnen schon beim dritten Treffen stark verringert hatte. Vor allen Dingen haben wir versucht, möglichst viele Gruppen anzusprechen. Die Resonanz war erst einmal erstaunlich gering. Wir würden gerne wissen, woran das lag.

Ein erster inhaltlicher Konflikt kreiste darum, wie breit die Razziengewalt thematisiert werden sollte. Einige wollten eine Konzentration auf den Breitscheidplatz, um *an diesem Ort* mittelfristig Razzien zu verhindern, andere eine breitere Anti-Razzien-Kampagne, die den Breitscheidplatz zunächst zum Ausgangspunkt nimmt. Im Hinblick auf die Razzien gab es unterschiedliche Perspektiven bzw. Gewichtungen: wir denken, daß einige den Schwerpunkt auf die neue Dimension der "Apartheidspraxis" der Berliner Polizei und des

Innensenats setzen wollten (die beteiligten MigrantInnen haben vor allem "gleiche Rechte für alle" gefordert); andere vor allem die Verknüpfung mit kapitalistischer Ausgrenzungspolitik und Homogenisierung/ "Säuberung" der Innenstadt für glücklichen Konsum (AG City), die auch andere Gruppen (Obdachlose, Junkies, BesetzerInnen) betrifft; wieder andere haben den rassistischen Kontext der Illegalisierungs-, Kriminalisierungs- und Abschiebepraxis betont, in dem die verschärften Razzien stehen: immer wieder landen Leute nach Razzien im Abschiebeknast, gleichzeitig wird mit den Razzien am gesellschaftlichen Feindbild des "organisiert-kriminellen Ausländers" gearbeitet.

Wir haben uns schnell auf eine Aktionsform für den Anfang geeinigt: wöchentlich Freitagnachmittags von 4 bis 6 auf dem Breitscheidplatz präsent zu sein, mit Musik, Redebeiträgen, Lauti, Flugblättern und Transparenten/ Schildern, möglichst mit AnwältInnen und Presse, vielen Leuten, getragen vom Bündnis und möglichst vielen verschiedenen Gruppen, die die einzelnen Aktionen besonders vorbereiten sollten. Mit unseren Aktionen am Breitscheidplatz verbanden wir konkrete unmittelbare Zielsetzungen im Kampf gegen den staatlichen Razzienterror:

Vor allem wollten wir den Kontakt zu weiteren Betroffenen suchen, um sie in ihrem alltäglichen Kampf gegen Razzien zu unterstützen (z.B. auch juristisch). Wir wollten dabei versuchen, Razzien wenigstens zu der Zeit zu verhindern, in der wir vor Ort sind.

Eine spontane Handlungsfähigkeit der antirassistischen Szene wiederherzustellen, sollte auch eine Perspektive sein: mit unserer Initiative wollten wir eine breitere Organisierung (evtl. Telefonkette; Szene; Vernetzung mit MigrantInnengruppen und Leuten vor Ort) erreichen an einem politischen Brennpunkt, der eigentlich viele in der Stadt interessieren müßte: wer will schon widerstandslos in einer Stadt leben, wo sich MigrantInnen nicht mehr auf öffentlichen Plätzen aufhalten dürfen, weil die polizeiliche Gewalt gegen sie zu groß ist?

Wir wollten eine breite Öffentlichkeit schaffen, auch eine größere öffentliche Skandalisierung des brutalen Razzien- und Polizeialltags. Die Polizeibrutalität hier eskaliert. Während z.B. in den USA von Linken mit vielen verschiedenen Medien polizeiliche Übergriffe dokumentiert werden (z.B. Video, "cop watch" in den USA), sind die Gewaltaktionen der Polizei bei den Dutzenden täglichen Razzien in der Stadt hier undokumentiert; die Polizei schlägt im Stillen, selbst wenn sie es öffentlich tut. Deshalb wollten wir die Aufmerksamkeit und den öffentlichen Druck verstärken. In "junger Welt", "taz" usw. sind Artikel erschienen, auch der NDR hat berichtet. Mit Flugis, Redebeiträgen und Stelltafeln wollten wir uns insbesondere an die örtliche Öffentlichkeit wenden, mit Diskussionen auch informieren darüber, was auf dem Breiti abgeht: d.h., auch die vermeintliche "DurchschnittsbürgerIn" zur Reaktion zwingen.

Auch darüber hinaus war es unser Anliegen, überhaupt erst einmal breiter zu dokumentieren, welche Dimension der Razzienterror in der Stadt angenommen hat. Kaum jemand hatte bisher etwas von dem was MigrantInnen berichtet haben und was wir gesehen haben, zusammenhängend dokumentiert.

Variationen zum Thema Kundgebung: Der erste und der zweite Versuch

Die ersten drei Monate, in denen wir aktiv waren (bis Anfang Dezember, dann wurde es zu kalt, es waren kaum noch Leute auf dem Breiti, statt dessen der hübsche Berliner Weihnachtsmarkt), ging es recht spontan zu; auf den Nachbereitungstreffen nach der Kundgebung haben wir jeweils die nächste Woche geplant. Wir hatten keine besonderen inhaltlichen Schwerpunkte oder Variationen in der Kundgebungsform; dafür waren wir einfach zu wenig. Unser Interesse war erst einmal, eine Kontinuität herzustellen, wirklich einmal in der Woche regelmäßig präsent zu sein. In der Zeit haben wir auch recht viel dokumentiert, uns um Betroffenenberichte bemüht. Höhepunkt war die Aktion vor dem Bahnhof Zoo Anfang Dezember, die nicht von der Vorbereitungsgruppe unseres "Bündnisses gegen Razzien am Breitscheidplatz" getragen wurde, sondern vom Guatemala

Komitee: als Weihnachtsmänner verkleidet verteilten sie Glühwein und "Plätzchen gegen Platzverweise".

Über den Winter haben wir uns als Bündnis dann stärker in das Innenstadtplenum, einen Aktionskreis gegen innerstädtische Ausgrenzung, Sicherheitswahn und Privatisierung eingebunden und Aktionen für den Frühling vorbereitet, die in die Innenstadtaktionswoche Anfang Juni münden sollten. Unser Konzept war es diesmal, ab Anfang April weiterhin jede Woche freitags Aktionen zu machen, die aber von verschiedenen Gruppen, auch außerhalb des Bündnisses, inhaltlich vorbereitet und (mit-)organisiert werden sollten. Die Aktionen, die bis Mitte Juni liefen, wurden dadurch teils wesentlich vielfältiger, und die mittlerweile ganz kleine Vorbereitungsgruppe mußte nicht mehr alles übernehmen. Einige Gruppen haben sich recht viel Mühe gemacht; u.a. haben die Querulanten ein Theaterstück gegen Abschiebeterror aufgeführt, es gab KudammKonsumKontrollen und eine konsumfreie Zone mit bargeldlosem (kostenlosem) Kaffeeausschank, organisiert vom Guatemala-Komitee, eine Vokü am Alex der 'Food Not Bombs'-Gruppe während der Innenstadt-Aktionstage, eine "Deutschen-Mafia immer dreister"-Aktion der Brand-Gruppe, Aktionen u.a. der ARI, der Ini gegen Abschiebehaft, der Ini gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, von B259, FelS, ADA, der Alice-Salomon-FH.

Aus-, Be- und Abwertungen

Erst einmal war positiv, daß wir es geschafft haben, wirklich eine Kontinuität am Breitscheidplatz herzustellen, jeweils über mehrere Monate hinweg jeden Freitag da zu sein (mit einer Ausnahme). Trotz Krisen und Leute-Schwund in der Vorbereitungsgruppe haben wir unser Bündnis langfristig aufrechterhalten können. Ein paar Mal waren Razzien und Kontrollen, wo wir zumindest interveniert haben. Wir haben durchaus ein bißchen mehr Öffentlichkeit zum Thema hergestellt (regionale und überregionale Printmedien, Szeneöffentlichkeit von Interim bis AK KRAAK, wahrlich Abertausende von Flugis verteilt und auf dem Breitscheidplatz viele Leute mit den Razzien konfrontiert: die VertreterInnen des Kapitals, TouristInnen, Empörte, Gleichgültige, RassistInnen). Auch die AG City, das Innenstadt-Bündnis des westlichen Geschäfte Klein- und Großkapitals, ist auf uns aufmerksam geworden und hat sich auf Seite 1 ihrer 'Szenezeitung' über uns echauffiert.

Es wurden einige Betroffenen-Berichte aufgeschrieben, dokumentiert und veröffentlicht. Wenn wir auch mit einer größeren Dokumentation des innerstädtischen Razzienterrors kaum vorankamen, so haben wir doch, gerade auch von den Betroffenen am Platz, sehr viel mehr über den Charakter und das Ausmaß der Berliner/ deutschen "Razzienkultur" erfahren. Wichtig waren uns generell die Kontakte mit den Betroffenen am Platz, von denen sich einige an uns gewandt haben, einige gut fanden, daß wir da waren, viele aber auch ziemlich desinteressiert schienen. Im nachhinein fragen wir uns, inwieweit es legitim war, die Betroffenen-Berichte zu dokumentieren, ohne eine weitergehende individuelle Unterstützungsarbeit und politische Perspektive zu bieten; nur in einem Fall haben wir rechtlich was versucht, hat jemand Anzeige wg. Körperverletzung gegen die Bullen erstattet. Wenig überraschend: das Verfahren wurde eingestellt.

Während wir es bei den Herbst-Aktionen nicht geschafft hatten (mit Ausnahme des Guatemala-Komitees), Gruppen außerhalb des Bündnisses zum Mitmachen zu bewegen, gab es bei den Frühjahrs-Aktionen ein wesentlich breiteres Spektrum von Gruppen, die dabei waren; fast alle haben die verbindliche Zusage, einen Termin zu übernehmen, eingehalten.

Wir haben also eine Kontinuität gewährleisten können, und recht wenige Leute haben am Breiti dafür ausgereicht; aber nichtsdestoweniger: die sichtbare Szeneresonanz war erbärmlich gering, obwohl doch sehr viele davon wußten (u.a. wöchentliche Ankündigungen in 'junge Welt', Interim). Von vielen konnten wir im Laufe der Zeit hören, wie gut sie es fänden, daß die Aktionen laufen. Das war aber für wenige Anlaß, vorbeizukommen oder sich gar einzuklinken. Über lange Zeit hinweg waren wir dann auch überhaupt nur noch

einzelne aus drei Gruppen, die das 'Bündnis' trugen. Die Organisierung wöchentlicher Events gestaltet sich unter solchen Bedingungen natürlich schwierig. Selbst von den anderen Gruppen, die im Frühjahr mitgemacht haben, ist kaum jemand jemals auf einem Vor- bzw. Nachbereitungstreffen erschienen. Sich mehr oder Weitergehenderes als die wöchentliche 'Routine' zu überlegen war deshalb ganz unmöglich. Es kamen praktisch keine feedbacks zu den Aktionen, keine neuen Ideen von außen.

Unsere Wirkung war von vornherein begrenzt. Auch wenn wir immer wieder mit MigrantInnen am Breiti in Kontakt kamen, war unsere 'Ausstrahlung' bei den MigrantInnen, die Opfer von Polizeibrutalität geworden waren, dürftig. Klar ist uns aber nicht, warum sich diejenigen, die sich anfangs beteiligt haben, so schnell zurückgezogen haben. Schon bei der ersten Aktion waren sie kaum mehr präsent. Dazu beigetragen haben mag, daß wir nicht gemeinsam diskutiert haben, wie sich die Interessen und Perspektiven der politischen/ juristischen Schritte evtl. unterscheiden; vielleicht haben wir auch zu sehr, wie so oft, als die 'ExpertInnen' gewirkt, die dann aber doch kaum etwas erreichen. Aber das sind alles Spekulationen. Ein Betroffener hat schließlich unterstützt von Leuten aus dem Bündnis, ein Verfahren gegen die Bullen angestrebt, die ihn verprügelt haben. Das wurde allerdings, was zu erwarten war, vom Gericht eingestellt.
Ärgerlich fanden es einige von uns, daß in der Szeneöffentlichkeit das kleine Bündnis von verschiedenen (auch autonomen) Gruppen immer nur unter dem ARI-Label wahrgenommen wurde. Das hat den Bündnischarakter völlig unter den Tisch gekehrt. Liegt das daran, daß auch die Restszene nur noch auf 'Organisationen' schielt ?

Die Aktionen im Frühjahr waren zwar insgesamt vielfältiger, da von mehreren verschiedenen Gruppen getragen und gestaltet. Aber das hat auch zu einer inhaltlichen Zerfaserung geführt, die das Bündnis selbst zu verantworten hatte; wir wollten die Termine auch nach Themen gestalten. Gerade in den letzte Wochen zirkulierten dann eine wilde Mischung von Flugis und Schautafeln, die selbst dem Insider keinen sinnvollen Zusammenhang mehr erkenntlich machen konnten. Gab es am Anfang echte Höhepunkte (wie u.a. Theaterperformances, konfrontativere Aktionen, die Reaktionen der Bevölkerung stärker herausforderten), so wirkten gerade einige spätere Aktionen als völlig unenthusiastisches Pflichtprogramm: Glanzstücke autonomer Ideenlosigkeit. So wie unser Auftreten waren dann auch die Reaktionen der Bullen: reduziert zu einer bedauernswerten 'Mahnwache' wurden wir von ihnen nicht mehr ernstgenommen.

Die Bullen reagierten zu unterschiedlichen Zeiten recht verschieden auf uns. Teilweise wurden wir/ der 'Veranstalter' scheißfreundlich begrüßt, teilweise schien mensch uns bewußt ignorieren zu wollen, zu Zeiten machten sie mit ihren Razzien einfach weiter wie bisher, obwohl wir präsent waren und dies verhindern wollten, teilweise agierten sie provozierend. Bei Razzien haben wir sie immerhin gestört, haben aber blöderweise nicht einmal fotografiert (oder sie weitergehend 'eingeschüchtert'). Bei einer heftigeren Razzia gegen Schwarze vor Kentucky Fried Chicken gingen die Bullen dann auch gegen uns vor; eine Frau, die ein antirassistisches Schild hielt, wurde wegen 'Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole' vorläufig festgenommen und angezeigt. Gerade die Zivibullen waren eigentlich immer präsent; von ihnen hängt ein ganzer Haufen am Breiti rum. Ein Ober-Zivi tritt dabei MigrantInnen gegenüber unverblümt auf: 'wer hier auf dem Platz sein darf, entscheide ich'. Unklar blieb bei uns bis zuletzt, wie wir besser und offensiver mit dem konkreten Razzienterror und der Zivipräsenz umgehen können. Schärfer formuliert: wir standen den Razzien weitgehend konzeptionslos gegenüber.

Daß wir seit Anfang 1997 uns stärker in das Innenstadtplenum einbinden wollten, hatte, für unsere Aktionen selbst erst einmal keine Bedeutung; auch unser Bündnisplenum ist dadurch nicht bereichert worden. Gelungen war allerdings die erste 'Innenstadtaktion', die AK KRAAK, das Innenstadtplenum und wir am Breiti organisierten: "Breitipalast, umsonst und draußen" war die Premierenvorführung des neuen AK-KRAAK-Videos, zeitgleich und gegenüber der Berlinale-Eröffnung, mit großer Szene-Resonanz trotz strömenden Regens.

Für weiteres blieb aber auch dies ohne Konsequenz für unser Bündnis, wie auch die anderen Innenstadtaktionen, an denen wir uns beteiligt haben.

Von unseren Zielen ist also nicht viel verwirklicht worden; spätestens, als wir kaum mehr waren als eine Mahnwache, waren die Aktionen des Bündnisses in ihrer bisherigen Form gescheitert. Die Unzufriedenheit, die sich längst bei uns eingestellt hatte, wurde durch die 'Organisierung' für den jeweils nächsten Freitag kaum thematisiert. Die Hoffnung, das andere Gruppen dem ganzen eine neue Dynamik verleihen, hat sich am Ende überhaupt nicht mehr erfüllt.

Uns ist schließlich weder gelungen, einen kontinuierlichen Kontakt/ Unterstützungsarbeit von Betroffenen aufzubauen, noch die alltäglichen brutalen Polizeirazzien, die rassistische Normalität, zu 'skandalisieren' (Ausnahme: Berichte in Antenne Brandenburg, taz, 'junge Welt' (damals noch links)) und dem herrschenden Diskurs etwas entgegenzusetzen, geschweige denn Razzien zu verhindern. Nicht einmal die Szene haben wir bewegt. Selbst eine Dokumentation, was tatsächlich täglich auf dem Breiti und in der Stadt in bezug auf Razzien passiert, ist uns nicht ansatzweise gelungen. Wir haben nicht einmal Fotos oder Videos von den brutalen Praktiken, von denen wir wissen, daß sie ständig um uns, in der Öffentlichkeit, passieren.

Aber auch inhaltlich muß rückblickend unser Konzept grundlegend hinterfragt werden. Hat es etwas gebracht, auf diese Weise (mit Flugis etc.) sog. 'Normalos' und Touris auf dem Breiti anzusprechen? Das hat nämlich unseres Wissens nach keinerlei Konsequenz gehabt, keine Tonnen von Protestbriefen, keine 'breitere Öffentlichkeit', obwohl wir Zehntausende von Flugis losgeworden sind. Am interessiertesten zeigten sich noch ausländische Touris und überhaupt Leute von außerhalb. Auch die Fokussierung auf den Breiti als 'Symbol' und konkretes Kampffeld mag unseres Erachtens vielleicht ein Fehler gewesen sein. Trotz vieler Diskussionen sind wir vom Breiti/ Zoo einfach nicht mehr weggekommen, haben (mit einer Ausnahme) keinen anderen Ort für Aktionen aufgesucht. Unter Umständen haben wir hier auch an der Razzienpraxis vorbeigehandelt. War der Breiti letztes Jahr *der* Brennpunkt von rassistischen Razzien auf öffentlichen Plätzen, ist das längst nicht mehr so. Andere Plätze, gerade z.B. in Neukölln (Hasenheide, Hermannplatz), wo viele MigrantInnen leben, sind zunehmend Angriffsfläche der Polizei, attackierte "gefährliche Zonen". Außerdem ist eben wirklich nicht der Breiti das Problem, sondern die allgemeine Razzienpolitik, die staatliche Aktion 'Sauberes Berlin', der Angriff auf (illegalisierte) MigrantInnen.

Den neuen Diskursen um 'Innere Sicherheit' und verstärkte Polizei- und BGS-Präsenz in den Innenstädten konnten wir fast nichts entgegensetzen. Die Bedeutungslosigkeit des Widerstands gegen Razzien und (rassistischer) Polizeigewalt zeigte sich u.a., als der New Yorker Ex-Polizeichef auf Einladung der Gewerkschaft der Polizei und nach einer aggressiven, vom "Spiegel" initiierten Kampagne ("Wehret den Anfängen der Unordnung") nach Berlin kam. Eine Opposition gegen die herrschende Demagogie war nicht sichtbar.

Und unsere konkreten Perspektiven ? Aus einer geplanten Veranstaltungsreihe, die neben dem Austausch über Erfahrungen mit Razzien mögliche Perspektiven einer weiteren Anti-Razzien-Politik ausloten sollte, wurde nichts. Wir haben dies als 'kleiner Rest' nach der ersten (frustrierenden) Veranstaltung im Bayouma-Haus abgebrochen, das Razzienbündnis bis auf weiteres aufgelöst. Die Rest-Gruppen beteiligen sich mittlerweile u.a. an der *Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen*. Dabei werden im Sommer Flüchtlinge, MigrantInnen und UnterstützerInnen durch die BRD ziehen und auch nach Berlin kommen. Für mehrere Wochen wird die Karawane auf die Straße gehen, von Stadt zu Stadt ziehen und den Protest gegen Illegalisierungen, die Verweigerung jeglicher Rechte, Kriminalisierung, Sozialkürzungen, rassistische Angriffe und Polizeibrutalität gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen zeigen. Die Karawane soll allen, mit welchen Papieren auch immer, die Möglichkeit bieten, sich politisch zu artikulieren. Unser Anliegen ist dabei u.a., die allgegenwärtige Razzienpraxis als Teil des Terrors gegen MigrantInnen bewußt zu machen, mit dem Thema wieder auf der Straße politisch präsent zu sein.

Die Entwicklung der Razzienpolitik ist eine der ständigen weiteren Verschärfung. Der 'Organisierte Kriminalitäts'-Diskurs und die Debatte um noch mehr Polizeipräsenz, Videokameras auf öffentlichen Plätzen (wie heute schon in Leipzig, vor 1989 auf dem Alex) und das 'New Yorker Modell' - umgesetzt im 'Berliner Modell' - unterfüttern diese Verschärfungen. Bald werden auch in Berlin 'verdachtsunabhängige Personenkontrollen' der rechtliche Standard, der von der Polizeipraxis längst vorexerziert wird. Allein in Neukölln gab es in den letzten Monaten, so wurde stolz verkündet, zehntausende von Personenkontrollen; täglich finden Razzien auf Baustellen statt etc. MigrantInnen werden am hellichten Tag, in aller Öffentlichkeit zusammengeschlagen und/oder landen im Abschiebeknast. Gegen diese Realität haben wir wenig aufgeboten. Was soll noch passieren ?



Anti-Razzienbündnis

P.S.: Die Vorbereitungsgruppe zur Karawane trifft sich zweiwöchentlich Dienstags um 19.00 Uhr in der ARI, Yorckstr. 59, HH, 3.Stock (näxte Treffen sind am 21.04., 5.05., 19.05. usw.)

Abschiebung verhindert

Am 28.3.98 sollte G. vom Abschiebeknast Eisenhüttenstadt nach Ghana abgeschoben werden.

G. ist seit 21. November 1997 in der JVA Cottbus in Untersuchungshaft. Gegen ihn besteht ein Haftbefehl wegen schwerem Landfriedensbruch, Widerstand und schwerer Körperverletzung. Im November 97 kamen Schließer, Wachschutzleute und Polizei morgens um 5.00 Uhr in Rollkommandomanier in seine Zelle um ihn zu überwältigen. Daraus entwickelte sich eine Auseinandersetzung im Abschiebeknast, an der sich letztlich ungefähr 50 Abschiebehäftlinge beteiligten.

Ein Großteil der wegen dieser Knastrevolte Angeklagten wurde bereits abgeschoben.

Am 13.3.98 fand der inzwischen dritte Abschiebeversuch von G. statt. Dieser scheiterte, weil es G. gelang, den Piloten der Maschine von seiner Situation zu unterrichten und dieser sich dann weigerte, sich an der Abschiebung zu beteiligen.

Am 28.3.98 sollte der vierte Abschiebeversuch von Berlin - Schönefeld aus stattfinden. Trotz kurzfristiger Mobilisierung kamen ungefähr 50 Personen zum Flughafen. Es wurden Flugblätter über die geplante Abschiebung an alle Fluggäste verteilt. Außerdem wurde ein Redebeitrag über den Hintergrund der Abschiebung in deutsch und englisch gehalten. Gleichzeitig wurde versucht, die Besatzung des Flugzeugs über darüber zu informieren.

Letztlich weiß niemand, was davon erfolgreich war, aber die Abschiebung wurde verhindert. Die Besatzung des Flugzeuges weigerte sich, sich an der Abschiebung zu beteiligen. Außer G. betraf das noch 20 andere Abschiebehäftlinge.

Die Ausländerbehörde wird auf jeden Fall weiter versuchen, G. gegen seinen Willen nach Ghana abzuschieben. Trotzdem hat sich mit dieser Aktion gezeigt, daß es Möglichkeiten gibt, Abschiebungen zu verhindern, wenn man/frau rechtzeitig davon erfährt.

"Deeskalation" in und um Ahaus am Tag X

"Auf der Welt ist sehr wenig so, wie es sein sollte. Auf der Welt ist fast alles so, wie es nicht sein sollte.
Nur wenigen Menschen geht es gut. Den meisten Menschen geht es schlecht. Und dort, wo es den Erwachsenen schlecht geht, geht es den Kindern noch schlechter.
Laut schreien, kämpfen, sich mit anderen zusammentun, etwas verändern scheint also im Moment nötiger, als ein/en Buch/ *Text* zu haben und darin zu lesen. Aber wenn mensch die Welt verändern will, muß mensch Bescheid wissen. Mensch muß das Falsche vom Richtigen auseinanderhalten können. Mensch darf nicht auf Lügen hereinfallen. Die Menschen lügen mit Wörtern und Sätzen. Aufgeschriebene Wörter und Sätze lassen sich besser als gehörte Wörter und Sätze auf "falsch oder richtig" kontrollieren.
Es ist sicher nicht so- wie viele Menschen sagen-, daß Fernsehen dumm mache und Bücher/ *Texte* klug machen. Aber das Fernsehen *(und die meisten Medien)* gehören auf der ganzen Welt denen, die an der Macht sind, und die sind dafür, daß es auf der Welt so ist, wie es ist. Viele Bücher/ *Texte* sind auch dafür. Aber es gibt eine Menge Bücher/ *Texte* , in denen mensch lesen kann, wie es auf der Welt wirklich zugeht, und warum es auf der Welt so zugeht.
Um zu wissen, was ihr laut schreien sollt, um zu wissen, wofür ihr kämpfen sollt, um zu wissen, wo ihr mit dem Verändern anfangen sollt/ *könnt*, können Bücher/ *Texte* eine Hilfe sein, die ihr von sonst niemensch bekommt."
bis auf das kursivgedruckte ist der Text von Christine Nöstlinger, "Botschaft an die Kinder in der Welt zum Andersen-Tag"

In diesem Sinne wollen wir den Verharmlosungen, Verdrehungen und dem Verschweigen der HERRschenden Medien versuchen etwas entgegenzusetzen!
Wir wollen und können keine Analyse des Tag X machen und über die glorreichen und weniger glorreichen Aktionen von "unserer" Seite sollen andere berichten. Wir werden an dieser Stelle "nur" Teile des Bullenterrors dokumentieren:
> zahllose Einzelpersonen und Projekte wurden schon weit vor dem Tag X stichprobenartig bis permanent observiert.
> zwei Menschen wurden im Vorfeld nach einer Sitzblockade wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung vom Schnellrichter zu sechs Monaten Haft verurteilt.
> alle bis auf zwei Camps wurden verboten und die entsprechenden Camps auch mit massivem Bulleneinsatz geräumt.
> ca. 950 Festnahmen und Gewahrsamnahmen.
> teilweise mußten die Festgenommenen durch fünf verschiedene Büros. Dort wurde von ihnen nacheinander je eine Diskette angefertigt, Personalien wurden festgestellt und überprüft, ED-Mißhandlung, Ausziehen bis auf die Unterhose, wobei die Bullen diese Behandlung mit Eigenschutz ("meinen sie, wir wollen ein Messer in den Rücken bekommen?") und mit nicht genug vorhandenem Personal rechtfertigten.
> die Festgenommenen wurden teilweise im unklaren gelassen, wo sie sich befanden. Auswärtigen Menschen wurde gesagt, sie würden nach Gütersloh gebracht, dabei landeten sie in Münster. Andere konnten selbst, als sie telefonieren durften, nicht sagen, wo sie sich befanden, da die auswärtigen Bullen angeblich selbst keine Ahnung vom Aufenthaltsort hatten.
> Alle wurden mit Plastikhandschellen gefesselt.
> Einer/m EpileptikerIn und einer/m Schizophrenen wurden die existentiellen Medikamente abgenommen und erst nach Hinzuziehen eines Bullenarztes auf Initiative der Betroffenen wiedergegeben.
> In den Gefangenencontainern gab es keine Notklingel. Die Luftzufuhr war total mies.
> Wenn sie pinkeln wollten, kam ein Bulle nach Klopfen teilweise nach einer Viertelstunde an, der zunächst wieder wegging und die Personalien überprüfte und erst danach wurden die Menschen von drei Bullen aufs Klo begleitet.
> Viele Menschen waren 18-20 Stunden in Bullengewahrsam.
> ca. 130 Verletzte, Knochenbrüche, Kreuzbandabriß u.ä.
aus fahrenden Wannen wurde geknüppelt.
> das Bein einer Frau wurde von einem Räumpanzer überfahren.
> Zivilbullen versuchten einen Mann vor einen Wasserwerfer zu zerren, wobei sie ihm die Klamotten zerrissen, bis er mit bloßem Oberkörper dastand.
> massiver Wasserwerfereinsatz auch gegen Sitzblockaden, CS-Gas-Einsatz
> eine Frau wurde von Bullen in den durch den Wassserwerfereinsatz entstandenen Teich geschmissen.
> es wurde von den Bullen geschlagen, getreten, gekniffen, an den Haaren gezogen.
> es wurden Menschen in den Stacheldraht getrieben.
> es wurden Privat-PKWs und der Konzertbühne der Toten Hosen von Cops die Reifen abgestochen.
> Bäume wurden abgesägt, obwohl sich Menschen in drei Metern Höhe noch darauf befanden.
> Menschen wurden mit dem Wasserwerfer von Leitern gespritzt, die dort mit ihren Körpern ein X darzustellen versuchten. Als sie auf dem Boden lagen, wurden sie noch zusammengeknüppelt.
> Viele vermummte Bullen.
> Eine Frau wurde mit den Worten aufgefordert, ihre Sitzblockade zu beenden: "wenn du nicht aufstehst, bringen wir dich um".
> 14-,15-jährige SchülerInnen bekamen Geld von Zivibullen angeboten dafür, daß sie Steine auf Cops werfen.
Soviel zum Thema Deeskalation. Daß die Verantwortlichen des Castor-Transportes dabei auch über Leichen gehen, zeigt sich zum einen an dem überfahrenen BGS-Bullen, der ihnen gerade mal ein Satz des Bedauerns in der "Erfolgschronik" wert war und zum anderen, daß eine versuchte Selbstverbrennung eines Anti-AKW-Gegners am 22.03. vorm BZA (welche von den Cops behindert wurde) in fast allen Medien unterschlagen wurde. Der Mann erlitt u.a. schwere Verletzungen an den Augen durch eine Nitro-Verdünnung!
In diesem Sinne:

BOYKOTTIERT UND SABOTIERT DIE HERRSCHENDEN MEDIEN!
WIMBER DU GANGSTER- WEG VOM FENSTER!
BULLEN ZU (P)FLUGOCHSEN!

genug G. Phrast
Liebe Grüße an alle AktivistInnen, die ihr trotz Kniolas Verarschung spontan da wart!
Autognome ausm Münsterland

-GPS ALS OBSERVATIONSMITTEL-

Der folgende Artikel basiert im Wesentlichen auf unserem Redebeitrag für die Knastkundgebung Silvester 97-98 den wir auf den aktuellen Stand (10.1.98) gebracht haben.

Prozeß gegen Bernhard und Michael wegen Mitgliedschaft in der AIZ

•••

GPS (Global Positioning-System) u.a.

Eine weitere Auffälligkeit im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen Bernhard und Michael besteht in der Freizügigkeit des vorsitzenden Richters Breidling im Umgang mit der Verwertung der Ergebnisse aus den technischen Observationsmethoden, die der Staatsschutz benutzt hat, um die beiden jahrelang zu beschatten. Wobei die Beschattung nicht auf die beiden beschränkt blieb, sondern ein wie auch immer definiertes "Umfeld" mit einbezog. Diese Maßnahme bezüglich des "Umfeldes" ist bislang aufrecht erhalten worden. Neben der praktischen Observation durch Zivilbullen und einer "Postkontrolle" wurden unter anderem folgende technischen Observationsmethoden gegen Bernhard und Michael angewendet: Die Überwachung der Telefonanschlüsse von Michaels Eltern und Bernhards Mutter, wo die beiden zuletzt jeweils bis zu ihrer Festnahme wohnten, sowie einer Telefonzelle in der Nähe des Wohnhauses von Bernhards Mutter, videotechnische 'Rundumüberwachung' ihres Hauses und einiger Wege in unmittelbarer Nähe. Der Plan, die Gespräche, die in Michaels Auto und in dem von Bernhards Mutter geführt worden sind, mitzuschneiden, wurde angeblich aus technischen Gründen nicht realisiert. Die ermittlungsrichterliche Anordnung bezüglich dieser Maßnahme war dennoch verlängert worden. Darüber hinaus sind die angeblichen Fahrtstrecken von Michaels Auto unter Rückgriff auf das "Global Positioning System" (GPS) dokumentiert worden. Dies sei erforderlich gewesen, weil die Angeklagten immer an den Wochenenden unterwegs gewesen seien, auch an den Wochenenden, an denen die Anschläge der AIZ verübt wurden. Die Bullen behaupteten, die beiden hätten sich derart konspirativ verhalten, daß die Fahrtziele der beiden nicht anders als durch GPS-Einsatz feststellbar gewesen seien. Dabei ermöglichen die GPS-Daten überhaupt keine Erkenntnisse über den Verbleib der beiden, sondern nur über den Verbleib des Autos.

Für den GPS-Einsatz gibt es keine Anordnung durch eineN ErmittlungsrichterIn. Wann mit der GPS-Überwachung begonnen wurde, hat das BKA bislang nicht verraten wollen. Will sich das BKA wohl eine Hintertüre offen halten, eventuell die Angeklagten entlastende Fahrtstrecken nicht offen zu machen, unter dem Vorwand, zu diesem Zeitpunkt noch keine GPS-Überwachung durchgeführt zu haben? Möglicherweise gibt's bald eine Antwort darauf. Wie's aussieht ist die Aussagegenehmigung des entsprechenden BKA-Bullen Hasheider durch das BMI erweitert worden. Er soll bis Mitte Februar nochmal gehört werden.

Der Richter bezog die Position, ohne Einsatz technischer Mittel erschiene "eine wirksame Strafverfolgung heute undenkbar". Gemäß dieser Einschätzung bewertete der Senat die Ergebnisse aus den technischen Observationsmethoden als gerichtsverwertbar. Egal, ob diese mit oder ohne Genehmigung, bzw. Wissen eines/r ErmittlungsrichterIn durchgeführt worden waren. Nach der Verkündung des entsprechenden Senatsbeschlusses wurden den Angeklagten weitere gegen sie durchgeführte Observationsmaßnahmen bekannt gemacht. Und zwar nicht durch die BAW, sondern durch den Verfassungsschutz. Diese Observierungsmaßnahmen wurden, da vom Verfassungsschutz durchgeführt, als sowieso legal charakterisiert.

Daß VS-Unterlagen ans BKA weitergegeben wurden und damit den Ermittlungen dienten, hält der Senat offensichtlich nicht für erwähnenswert.
Warum sich der Verfassungsschutz erst so spät damit meldet und dann gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Observierungen bezüglich Bernhard und Michael vor Gericht Thema sind, darüber kann nur spekuliert werden. Allerdings liegt die Vermutung recht nahe, daß die VerfassungsschützerInnen während ihrer Prozeßbeobachtung erst wieder daran erinnert worden sei könnten, daß da doch noch was war, was sie längst mal hatten erledigen wollten.

Schließlich, so bemerkte der Richter während der Beschlußverkündung unter Bezugnahme auf diverse BGH-Stellungnahmen schon mal präventiv, schließlich dürfe nicht ein komplettes Strafverfahren lahmgelegt werden, BLOSS weil Observationsergebnisse nicht rechtlich korrekt erlangt worden und somit nicht gerichtsverwertbar seien. Das - so der Richter - wäre doch schade.

Im übrigen bedürfe es für die meisten eingesetzten Mittel keines Beschlusses eines Ermittlungsrichters oder Auftrages der BAW. So könne auch das GPS problemlos durch die Bullen eingesetzt werden, wenn es denn nur erfolgversprechend sei und den Aufwand und die Kosten lohne.

Diese Observationsmethode bietet, wie oben schon erwähnt keinerlei Aufschluß über den Verbleib von Personen. Zusätzlich ermöglicht sie lediglich eine Rekonstruktion von Fahrtrouten. Es kann also erst rückblickend etwas über den Aufenthalt des Fahrzeuges gesagt werden. Somit währe der Versuch, den Einsatz der Technik über "Gefahr im Verzug" legitimieren zu wollen lächerlich. Vielmehr müssen die ermittelnden Bullen darauf hoffen, daß sich das überwachte Fahrzeug in eine Straftat verwickeln läßt, damit sie im Nachhinein versuchen können, auf der Grunglage der GPS-Überwachung irgendwelchen Leuten was ans Bein binden zu können. Mit anderen Worten ist diese Technik nicht dafür geeignet irgendwen vor bösen TerroristInnen beispielsweise zu bschützen. Im Gegenteil ist ein Angriff besagter böser TerroristInnen notwendig, um dann versuchen zu können, welche unter Rückgriff auf GPS als eben solche einzusperren.

Dabei gestaltet sich die GPS-Überwachung als aufwendiges Unterfangen: Erstmal muß ein GPS-Empfänger inklusive Antenne in das zu überwachende Auto eingebaut und an das Stromnetz des Autos angeschlossen werden. Anschließend müssen die Daten aus dem Empfänger abgezogen werden. Dies muß einigermaßen regelmäßig geschehen, da der Speicherplatz im Gerät recht begrenzt ist. Der Abzug der Daten geschieht entweder mit 4-Meter- oder 2-Meter-Funk, wie der Chef des Landesvermessungsamtes vor Gericht aussagte. Dieses Wissen kann er im Grunde nur vom BKA erfahren haben. Inhaltlich bedeuten sie, daß die Bullen die Daten aus dem Empfänger mit Hilfe eines Handfunkgerätes oder eben mit dem Autofunkgerät abgezogen haben, also nicht allzuweit davon entfernt gewesen sein können. Um die Daten abziehen zu können, müssen die Bullen das Auto erst mal suchen, falls sie es nicht anhand eines Peilsenders orten können. Während des Datenabzugs aus dem Empfänger ist das GPS recht einfach scanbar (mit Hilfe eines entsprechenden Funkgerätes 'mit'hörbar). Um also zu vermeiden, daß das Gerät gefunden wird, können die Bullen die Daten nur abrufen, wenn sie sich einigermaßen sicher sind, daß die observierte Person erstmal nicht 'in der Nähe' ist, weil sie beispielsweiese schläft. Sprich es kann davon ausgegangen werden, daß der Datenabzug für die entsprechenden Bullen in der Regel Nachtschicht bedeutet. An Ort und Stelle können sie die Daten allerdings nicht auswerten. In Michaels Fall bekam ein KK Hasheider unregelmäßig etwa einmal täglich die Daten - auf Wegen, die das BKA nicht verraten will - in seinen PC. Er übertrug sie in Listen, die er umgehend (täglich) an die "Fachdienststelle St 15" weitergab. So landeten sie bei dem BKA-Bullen Herrn Görres, der seit Jahren mit den Ermittlungen gegen die AIZ befaßt ist.

Auch wenn der Einbezug von Ermittlungsergebnissen durch GPS-Einsatz vor Gericht noch nicht vorgekommen ist, es gäbe kein Gesetz, daß die Verwendung der Ergebnisse verbiete. Im Gegenteil sei der gesetzliche Rahmen so angelegt, daß der technische Fortschritt mitberücksichtigt sei und begünstigt werde, erörterte der Richter. Das mag wohl wahr sein...

•••

GELD oder LEBEN ?

Widerstand weltweit !
Arbeitsgruppe Wendland

Aufruf zu einer Karawane
nach Genf im Mai 98
zur WTO Ministerkonferenz

Wir erleben eine Zeit rasanter Veränderungen. Nichts gegen Veränderungen, doch sie gehen genau in die falsche Richtung. Weltweit dieselbe Entwicklung: Die Armen werden immer ärmer, während die Reichen immer reicher werden. Das schlimme daran ist, daß es dabei nicht nur um materielle Ungerechtigkeit geht. Auch Freiheit, Würde und eine gesunde Umwelt werden mehr und mehr zu Waren, die von Reichen in Anspruch genommen werden können, aber den Armen vorenthalten werden. Anstatt die Armut zu bekämpfen, wird ein Krieg gegen die Armen geführt.

Während für Kapital und Waren die Grenzen abgebaut werden (Globalisierung), werden für Menschen mit wenig Geld neue Grenzen aufgebaut. Sowohl auf großräumiger (z.B "Festung Europa") als auch auf lokaler Ebene sichern sich die Reichen Gebiete, wo sie ungestört vom Anblick der Armut unter sich sein können.

Die Aufteilung der Regionen nach Reichtum hat auch ökologische Bedeutung. Die giftigsten und riskantesten Unternehmungen (zB Atomenergieanlagen) werden meist in den ärmsten Gebieten angesiedelt. Bestenfalls werden die Schäden durch einen verschwenderischen Lebensstil für wenige (zB Luftverkehr) auf alle verteilt.

Stoppt den neoliberalen Wahnsinn !

Dieses Prinzip der Privatisierung des Nutzens und der Sozialisierung der Schäden gilt auch für die Verantwortung wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen. Während die Gewinne gerne als persönliche Leistungen eingesteckt werden, will für die sozialen und ökologischen Folgen einer Entscheidung niemand die Verantwortung tragen. Dann liegt es plötzlich an unvermeidbaren Sachzwängen, anonymen Mächten wie dem Markt oder den Konsumenten, die das ja haben wollen.

Alles soll dem "freien" Wettbewerb unterworfen werden, dann wirds der Markt schon regeln. Die Erfahrungen zeigen jedoch, daß der "freie" Markt alles nur im Sinne der Mächtigsten regelt. Soziale und ökologische Katastrophen werden bei rein wirtschaftlicher Betrachtung nicht mehr als zu vermeidende Unglücksfälle gesehen sondern als Chancen, Löhne zu drücken und neue Absatzmärkte zu erobern. Wir rasen auf einen Abgrund zu. Doch unsere Politiker haben nichts besseres zu tun als die Bremsen zu entfernen.

In geheimen Verhandlungen der OECD (Industriestaaten) wurde ein Vertrag "zum Schutz von Investitionen" erarbeitet, der den unterzeichnenden Staaten praktisch alles verbietet, was den Interessen von Investoren widerspricht. Gesetzliche Regelungen zum Umweltschutz oder zur sozialen Sicherung wären nur noch möglich bei entsprechender "Entschädigung" der Kapitalisten, angesichts der leeren öffentlichen Kassen also nahezu unmöglich. Dieser Vertrag, genannt "Multilateral Agreement on Investment" (MAI) soll in diesem Frühjahr unterzeichnet werden. Es ist zu befürchten, daß viele Staaten den Vertrag unterzeichnen, um Investoren anzulocken und die restlichen Staaten dadurch noch mehr unter Druck geraten. Einmal unterzeichnet, kann ein Staat frühstens nach 5 Jahren aussteigen, und muß selbst dann noch weitere 15 Jahre die Regeln des MAI befolgen. Die Demokratie wird damit vollends zur Marionette, da sie nur noch beschließen kann, was das Kapital will. Dieses Ermächtigungsgesetz kann nur verhindert werden, wenn ein breites öffentliches Bewußtsein über seine Konsequenzen entsteht. Nutzen wir den Mai um das MAI zu verhindern!

Macht den Standort zum Widerstandort!

Oft ist zu hören, daß man gegen den Neoliberalismus keinen Widerstand leisten könne, da er zwar überall wirksam, aber nirgends konkret zu fassen sei. Er wird jedoch konkret in allen seinen Auswirkungen und kann dort auch bekämpft werden. Wir halten es jedoch für wichtig, daß diese Kämpfe nicht isoliert voneinander geführt werden, sondern im Gesamtzusammenhang gesehen werden. Der Neoliberalismus bezieht seine Stärke aus seiner Ideologie, einem Gedankengebäude aus Lügen und Versprechungen. Diese muß als solche auch direkt angegriffen werden.

Auch der neoliberale Umbau der Welt hat seine Termine und damit Anlässe, gemeinsam dagegen vorzugehen. So treffen sich im Mai (18.-20.) Minister und andere Bonzen in Genf zur jährlichen Tagung der Welthandels-organisation (WTO), um weiter unsere Zukunft zu verplanen. Nebenbei wollen sie ein 50-jähriges Jubiläum des WTO-Vorläufers GATT feiern, dh seit 50 Jahren wird die weltweite Ausbeutung von Mensch und Natur offiziell koordiniert.

Ein Aktionsbündnis von Widerstandsbewegungen aus aller Welt mit dem Namen "Peoples Global Aktion" (Weltweite Aktion der Leute /Völker) will in dieser Zeit sowohl dezentral als auch in Genf direkt Aktionen gegen den "freien" Handel und seine Auswirkungen durchführen. Im Rahmen dieser Aktionen wird auch unsere Karawane stattfinden. In den 3 Wochen davor wollen wir schon mal eine Menge Aufmerksamkeit auf dieses Ereignis lenken und uns dann auch an den Aktionen in Genf beteiligen.

Internet:
Links zu (immer *http://*)

WTO:
www.wto.org/
www. citizen. org/
www.twnside.org.sg/

MAI:
www.oecd.org/
www.flora.org/mai-not/
www.islandnet.com
www.appleton.com/MAI/home.html
www.policyalternative.ca/newst.html
www.sierraclub.ca/national/mai

Zur Karawane selbst

Die Karawane soll sich überwiegend mit Fahrrädern bewegen ,diese bestimmen auch das Tempo (15-20 km/h) und die nötigen Pausen.. Dazu kämen einige Wägen mit Trecker bzw Zugmaschinen oder LKWs ,die die nötige Ausrüstung transportieren (Volksküche, Zelte, Bühnenwagen, usw.).

Unsere Lebenspraxis während der Karawane muß im Einklang stehen mit den solidarischen politischen Vorstellungen, die wir dabei vertreten. Deshalb ist es uns wichtig, daß sich jedermensch unabhängig von seiner/ihrer finanziellen Lage daran beteiligen kann. Für die Verpflegung werden wir die wendländische Volksküche mitführen, falls nicht zur gleichen Zeit ein Castor nach Gorleben rollt. Sie hat bisher nach dem Grundsatz "JedeR gibt, was er/sie kann und nimmt, was er/sie braucht" immer recht gut funktioniert.

Für die Übernachtung wollen wir große Zelte organisieren, haben aber auch nichts dagegen, wenn jemand lieber in seinem eigenen kleinen Zelt schlafen will. Wesentlich für die Tour sind die Abende an den Übernachtungsorten. Sie bieten Zeit und Raum für Begegnungen und Austausch zwischen den Reisenden und interessierten Menschen der Region. Mit Musik, Theater, Videos, Ausstellungen, Büchertischen und so weiter wollen wir aktiv sein und doch die Lebensfreude nicht zu kurz kommen lassen.

Wir haben inzwischen in fast allen Übernachtungsorten Gruppen gefunden, die die örtliche Vorbereitung übernehmen. In den meisten Städten werden wir bei der Ankunft durch die Innenstadt touren und dort gemeinsam mit örtlichen Gruppen eine Kundgebung (oder auch mehr) veranstalten.

Zur Tourplanung

Die Kernstrecke der Karawane wird von Frankfurt bis Genf gehen. Frankfurt ist deutsches Finanzzentrum, Stadt der Banken und der Börse. Dort werden sich mehrere Teilkarawanen, Gruppen und Einelne wie bei einer Sternfahrt treffen und gemeinsam nach Genf weiterziehen. Bisher sind folgende Teilkarawanen geplant: (? = Ort steht noch nicht ganz fest)

Aus dem Wendland (05861/2527): Abfahrt Lüchow 25.4 Ankunft:Sa 25.4 Wittingen? (ca 55 km)- So 26.4 Peine?(55) - Mo 27.4 Hildesheim (30) - Di 28.4 Seesen? (50) - Mi 29.4 Göttingen (50) - Do 30.4 Bebra? (80) - Fr 1.5 Grünberg? (80) - 2.5 Frankfurt (60)

Aus dem Osten (0351/8028863): Abfahrt Dresden Do 23.4 Ankunft:Do 23.4 Freiberg (35) - Fr 24.4 Chemnitz (30) - Sa 25.4 Gera (60) - So 26.4 Jena (40)- Mo 27.4 Erfurt (35) - Di 28.4 Haina (b Eisenach) (75)- Pause - Do 30.4 Bebra? (60) - Fr 1.5 Grünberg? (80) - 2.5 Frankfurt (60)

Für die Strecke Frankfurt- Genf haben wir zwei Wochen veranschlagt. Am Samstag den 2.5 wäre Ankunft in Frankfurt, dann ein fahrtfreier Sonntag zum treffen, kennenlernen, diskutieren und planen. Einen weiteren freien Sonntag haben wir am 10.5 in Basel eingeplant. Er dient auch als Zeitreserve, falls es an der Grenze Schwierigkeiten gibt.

Mo 4.5 Darmstadt (30km) - Di 5.5 Heidelberg (55) - Mi 6.5 Karlsruhe (50) - Do 7.5 Offenburg? (65) - Fr 8.5 Freiburg (60) - Sa 9.5 Basel (60). Mo 11.5 Aarau (55) - Di 12.5 Burgdorf? (60) - Mi 13.5 Bern (25) - Do 14.5 Fribourg (30) - Fr 15.5 Lausanne (60) - 16.5 Genf (60)

In Genf werden am 16.5 mit einer "Global Street Party" die direkten Aktionen zur WTO Ministerkonferenz eingeleitet, die bis zum 20.5 dauert. Um die Rückreise muß sich jeder selbst kümmern, es wird aber sicher auch Gelegenheiten zur Gruppenbildung für die Rückfahrt geben.

Dokumentation

Um auch Menschen, die nicht dabei waren, über die Karawane informieren zu können, wollen wir sie so gut wie möglich dokumentieren. Die Video-Gruppe AK-Kraak will uns begleiten und Aufnahmen machen. Wir werden Photos, Zeitungsmeldungen und ähnliches sammeln und vielleicht eine gedruckte Dokumentation herausgeben. Während der Karawane wird es ein gemeinsames Tagebuch geben, in das Mitfahrer und Besucher Eindrücke, Gedanken und Meinungen dazu schreiben können. Die örtlichen Gruppen werden jeweils eine Stelltafel zu ihren Problemen und Kämpfen erstellen, so daß auf dem Weg nach Genf eine große vielseitige Ausstellung entstehen wird.

Mitmachen ?

Die politische Wirkung der Karawane wird davon abhängen, wieviele Leute bereit sind, sich aktiv daran zu beteiligen oder sie sonstwie zu unterstützen. Am wichtigsten sind uns natürlich Leute ,die mitfahren, auch wenn es vielleicht nur für eine Teilstrecke ist. Doch bedenkt, daß wir kein Reiseveranstalter sind, der alles konsumfertig organisiert, sondern eine kleine politische Gruppe, die mit euch gemeinsam etwas auf die Beine stellen will. Besonders freuen würden wir uns über die Beteiligung von Straßenkünstlern (Musik, Theater ...).

WiwA Wendland
c/o Abraxas
Marschtorstr. 56
29451 Dannenberg

Tel & Fax : 05861 2527
email: wiwawend@mail.nadir.org
Konto: "Geld oder Leben" Nr 233049
KSK Lüchow-Dannenberg BLZ: 258 513 35

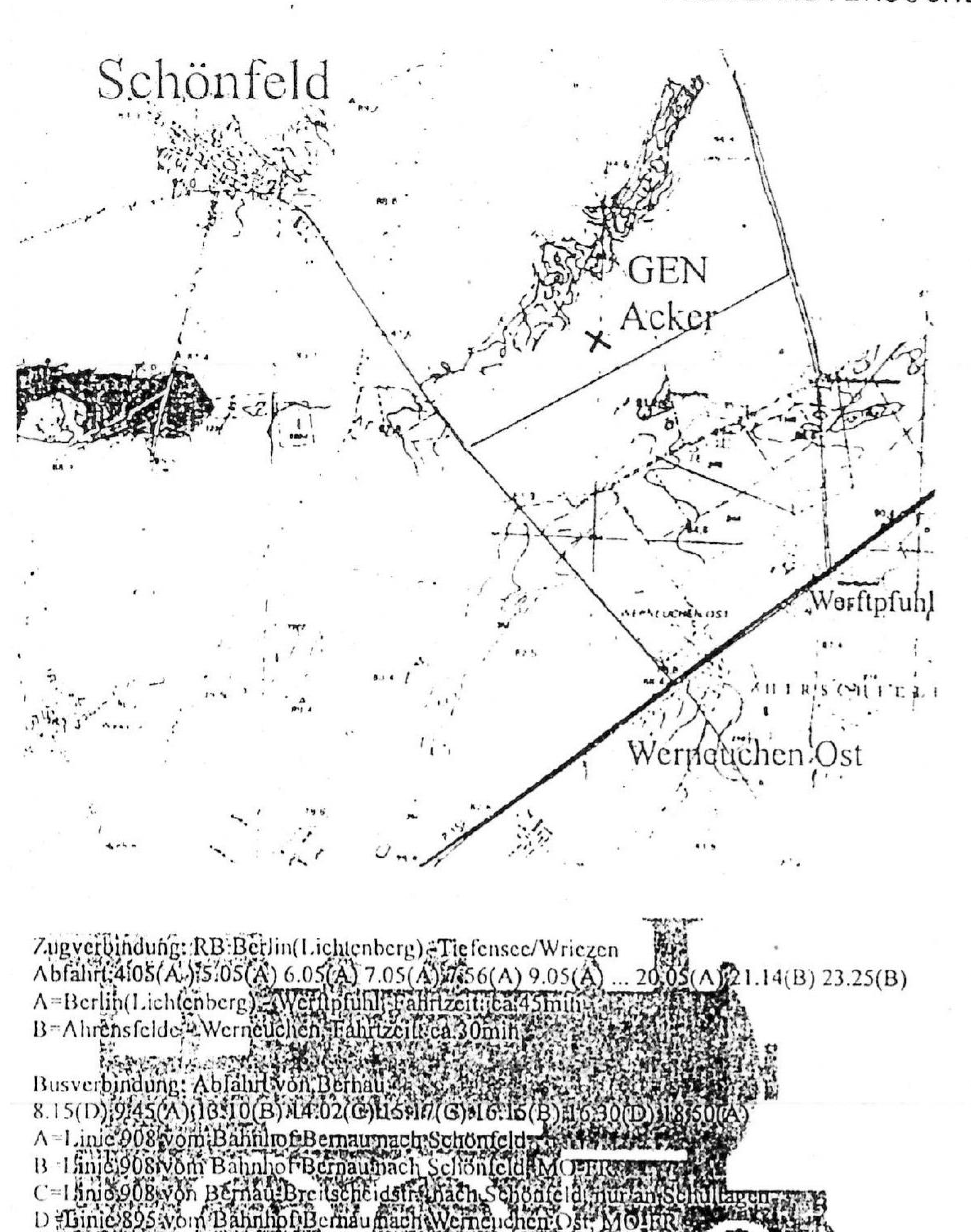
www.citizen.org/pctrade/mai.html
www.foe.org/ga/mai.html
www.crisny.org/not-for-profit/unions/mai.htm
www.oxfam.org.uk/policy/papers/mai.htm

www.germanwatch.org/
www.weedbonn.org/
Weitere links: www2.hu-berlin.de/sudis/refrat/MAI/

Kontakt:
www.asta.rwth-aachen.de/orga/ir/ (Play Fair Europe anklicken)
www2.hu-berlin.de/studis/refrat/MAI/

Feldbesetzung

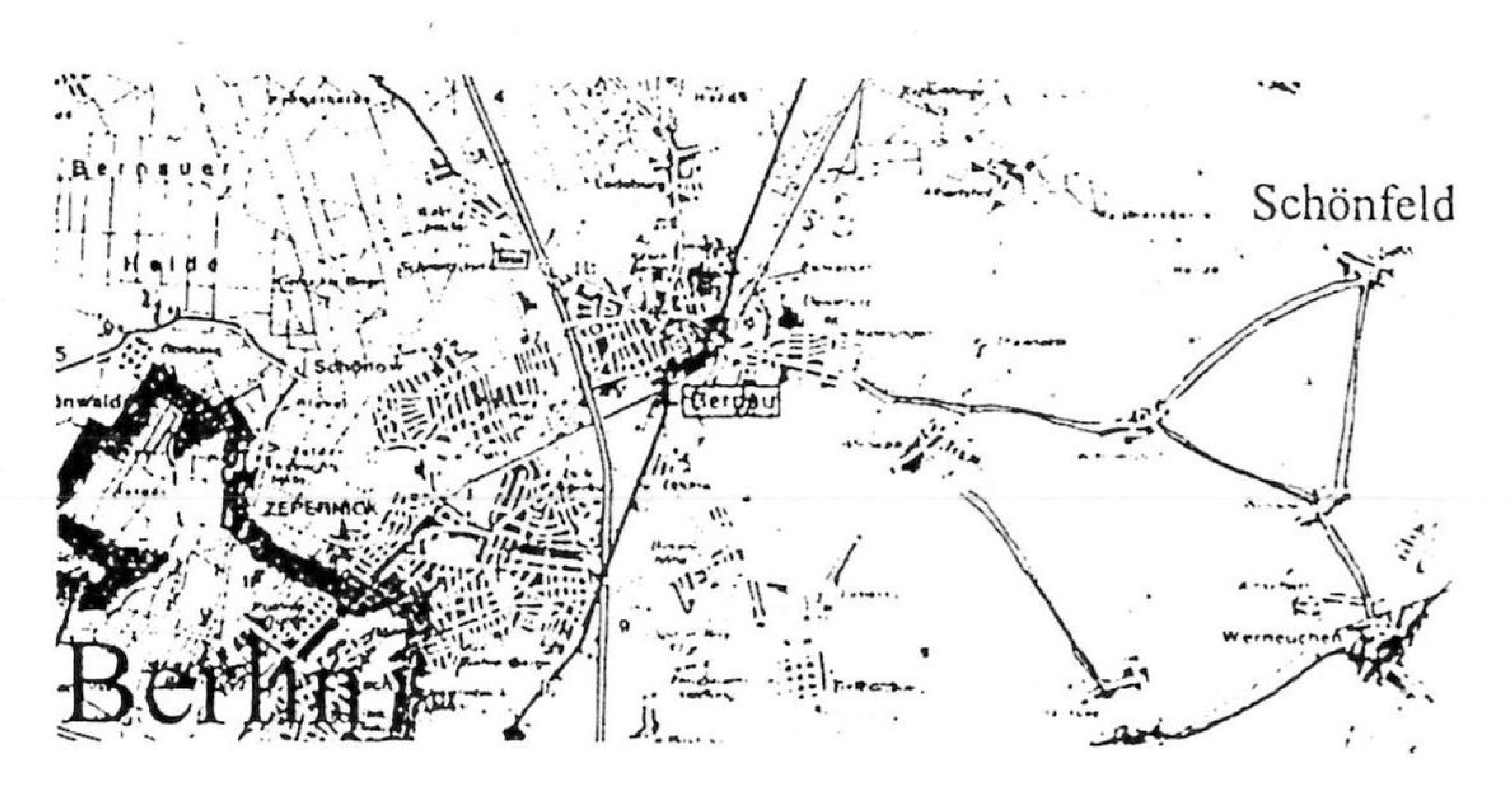
Seit etwa zwei Jahren führt die Firma AgrEvo in **Schönfeld** bei Bernau (20km nordöstlich von Berlin) **Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen** durch. Ein ähnliches Feld existiert von der Firma Monsanto in Tempelfelde. Die AgrEvo ist ein Tochterunternehmen der Chemiekonzerne Hoechst und Schering. Die Mais-, Raps- und Zuckerrübenpflanzen, die in Schönfeld gepflanzt werden, sind mit Hilfe der Gentechnik resistent gegenüber dem Pflanzenvernichtungsmittel BASTA gemacht worden. Dieses Totalherbizid wird von Hoechst hergestellt und war durch seine hohe Giftigkeit bei „normalen" Pflanzen bisher nur bedingt oder gar nicht einsetzbar. In Zukunft wollen dann Hoechst und AgrEvo sowohl BASTA wie auch die Samen der BASTA-resistenten Pflanzen verkaufen, wodurch die Bauern in Abhängigkeit ihres Konzerns gebracht werden. Die Experimente in Schönfeld haben also nur eine Motivation: Profit. ⇨



Zugverbindung: RB Berlin(Lichtenberg) - Tiefensee/Wriezen
Abfahrt: 4.05(A) 5.05(A) 6.05(A) 7.05(A) 7.56(A) 9.05(A) ... 20.05(A) 21.14(B) 23.25(B)
A=Berlin(Lichtenberg) - Werftpfuhl, Fahrtzeit: ca.45min
B=Ahrensfelde - Werneuchen, Fahrtzeit: ca.30min

Busverbindung: Abfahrt von Bernau
8.15(D) 9.45(A) 13.10(B) 14.02(C) 15.17(C) 16.15(B) 16.30(D) 18.50(A)
A=Linie 908 vom Bahnhof Bernau nach Schönfeld
B=Linie 908 vom Bahnhof Bernau nach Schönfeld, MO-FR
C=Linie 908 von Bernau-Breitscheidstr. nach Schönfeld, nur an Schultagen
D=Linie 895 vom Bahnhof Bernau nach Werneuchen Ost, MO-FR

Verbindungen für die Rückfahrt erfahrt ihr am Genacker



Immer wieder weisen Wissenschaftler und Umweltschützer auf die Gefährlichkeit solcher Experimente wie in Schönfeld hin. Inzwischen wurde bewiesen,
-daß sich gentechnisch veränderte Pflanzen im Ökosystem etablieren und es verändern können,
-daß die genmutierten Pflanzen sich mit Wild- und Kulturpflanzen kreuzen (in Dänemark wurden die eingepflanzten Gene in Wildpflanzen nachgewiesen).
Dies alles könnte zu einer nachhaltigen Veränderung unserer Umwelt führen. Die **Gefahren** für uns Menschen sind überhaupt **nicht abschätzbar**.
Deswegen hielten und halten wir den Protest gegen die Experimente in Schönfeld für unbedingt notwendig. So organisierten wir mehrere Protestwanderungen und Diskussionsveranstaltungen, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und um der AgrEvo unser Unverständnis gegenüber ihrem Verhalten deutlich zu machen.
Doch die Gefahren und unsere Proteste werden von Firmen wie der AgrEvo bisher ignoriert. Deswegen haben wir im letzten Frühjahr versucht, durch eine Feldbesetzung die Aussaat des genmanipulierten Mais zu verhindern. Ein Aufgebot von 80 Polizisten setzte die Aussaat jedoch durch. Doch die Erfahrungen an anderen Feldern, wo eine Aussaat erfolgreich verhindert wurde bzw. die Konzerne zur Aufgabe des Standortes gezwungen wurden, haben uns nicht mutlos werden lassen.
So **wollen wir** auch in diesem Jahr versuchen, **die Aussaat des Mais zu verhindern**. Nach unseren Vorstellungen soll die **Feldbesetzung eine Demonstration für das Leben** sein. In diesem Sinne soll es neben dem Camp am Feld eine Menge kreative und bunte Aktionen geben. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, daß sich mehr Leute, als im letzten Jahr, an den Aktionen beteiligen. **Grundlage** für alle Aktionen ist dabei für uns, **das kein Mensch verletzt oder gefährdet** werden darf.
Wir planen die **Feldbesetzung** für einen Zeitraum von 3 bis 4 Wochen. **Auftakt wird am 26.April eine Fahrraddemonstration** zum Feld sein. Alle die sich vorstellen können, sich an Aktionen um die Feldbesetzung zu beteiligen, Tage oder gar Wochen am Feld zu verbringen oder einfach nur informiert werden wollen, erhalten Kontakt zu uns über:

Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche
c/o DOSTO, Breitscheidstr.43a, 16321 Bernau, Tel.+Fax:03338/5590

Aktionen & Veranstaltungen

22.April 17Uhr werden wir die Freilandversuche und die Besetzung im **Barnimer Kreistag** zum Thema machen
26.April 14Uhr wollen wir mit einer **Fahrraddemonstration** zum Feld die **Besetzung eröffnen**. Treffpunkt hierfür ist der Bahnhof Bernau. FußgängerInnen und AutofahrerInnen treffen sich dann um **15Uhr** an der **Kirche in Schönfeld** um von dort gemeinsam zum Feld zu gelangen. Danach beginnen wir mit dem Campaufbau. Der Abend soll dann mit Lagerfeuer, VOKÜ und Musik ausklingen.
27.April 11Uhr findet direkt am Feld eine **Pressekonferenz** statt
2.Mai 15 Uhr **Trommelworkshop**, auch für Leute die noch nie getrommelt haben, Trommel wenn möglich mitbringen
2.Mai 20 Uhr **Trommelkonzert** am Lagerfeuer
3.Mai 14 Uhr **Kinderfest**, bei entsprechendem Wind können die Kinder auch Drachen mitbringen
3.Mai 19 Uhr **Konzert** mit dem Liedermacher Michel Günther
9.Mai 11 Uhr werden wir uns mit einem Infostand am "**Antifaschistischen Straßenfest**" in Bernau beteiligen
10.Mai 10 Uhr wollen wir beim **Frühjahrsputz** rund um das Feld den Müll sammeln und entsorgen
17.Mai 10 Uhr ist der Kreisjugendkonvent der evang.Jugend bei uns auf dem Feld zu Gast

Ob die Aktionen und Veranstaltungen so stattfinden, wie wir sie planen, hängt natürlich vom Verhalten der Polizei und des Versuchsbetreibers ab.
Noch ist genug Zeit und Raum für zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen. Wenn Du oder Ihr euch mit eigenen Sachen einbringen wollt, dann meldet euch doch bei uns.

Unzensiert
c/o Infoladen
Südanlage 20 HH
35390 Gießen

An die Leserinnen und Leser der Unzensiert aus (Gießen), vor allem an die AbonenntInnen!

Hallo, wir haben uns im Herbst'97 als Redaktion Unzensiert aufgelöst, unsere Abschlußnummer ist jedoch auf dem Postweg verschwunden!!! ?

Jedenfalls haben wir noch keine einzige Meldung, daß die im September '97 verschickte Unzensiert 51 mit Namen "Un Tschüß" irgendwo mit der Post ankam.
In diesem Heft hatten wir einen Text zur Beendigung des Zeitungsprojekts "Unzensiert", einen chronologischen Rückblick auf die Entwicklung der Zeitung seit '91 sowie andere Texte zum Thema Zeitungmachen/linke Gegenöffentlichkeit/ Medien*.
Diese Ausgabe hatten wir allen AbonentInnen sowie vielen linken Zeitungen zugeschickt mit der Bitte um Abdruck des "Abschlußtextes". Daß auch einige Monate später immer noch keine einzige Zeitung auch nur ein Wort über unser Aufhören verlorenhatte geschweige denn unser Text irgendwo veröffentlicht war, machte uns stutzig und wir schrieben einige Zeitungen an: Nirgendwo war die "Un Tschüß" angekommen. Leider hatten wir zu diesem Zeitpunkt die Adressen unserer AbonentInnen schon vernichtet, so daß wir keinen anderen weg als diesen wissen, uns an euch zu wenden: Uns würde natürlich schwer interessiern, ob nicht doch der eine oder die andere die Zeitung per Post bekommen hat??

Natürlich verschicken wir auf Anfrage auch die von uns verfassten Texte der Abschlussnummer! (Vorwort, Abschlußtext, Chronologie, "wir über uns").

Kollektiv Unzensiert, März '98

*dies waren: "Bewegungsle(eh)re?"von der autonomen a.f.r.i.k.a.- Gruppe aus radikal 154/juni 96
"Kommunikation und Karies" von der VerteilerInnen-Combo Karies radikal 154/juni 96
"Das mediale Prinzip Hoffnung" von Sven Glückspilz aus interim 395/nov.'96

sex is the world?

subversive strategien in der kultur

Veranstaltung: Ausstellung/Diskussionen /Konzert

am samstag, 18. April 98

ab 14 Uhr

im Ex,

Gneisenaustr. 2a, U-Mehringdamm

Sind Riot Grrrls "sexy Biester" oder "rocking feminists?"

Am Beispiel der Riot-Grrrl-Bewegung soll der Stellenwert von Kultur in der Linken im Allgemeinen und von Frauen in der Kultur im Besonderen diskutiert werden.

Wir wollen mit dieser Veranstaltung nicht nur ein bestimmtes Spektrum, sondern vom Girlie bis zum/zur kulturpessimistischen Autonomen alle anlocken.

Ab 14 Uhr ist eine interaktive Ausstellung zu Riot Grrrls und Girlies / Madonna bis Rote Zora und ein Mädchenraum zugänglich, es werden Filme gezeigt und an einem Handapparat stehen Texte / Bücher / Zeitschriften zum Kopieren bereit. Madonna und Tank Girl persönlich weisen den Weg durch unseren Ausstellungs-Dschungel, der mit Fotoausstellungen, einer Performance und vielem mehr aufwartet.

Ab 19 Uhr wird die Diskussion eröffnet.

Unter anderem wird Pauline (Zürich) visuell-akustische Beispiele über das Riotgrrrl-Phänomen aus der Sicht eines Fans präsentieren.

Annette Weber analysiert die Rezeptionsebene: Warum wurde Riotgrrrl in Deutschland kaum aufgegriffen? Welche Qualitäten hat diese Bewegung, welche problematischen Punkte? Wieso haben sich weiße Feministinnen nie die Mühe gemacht, ähnliche Tendenzen im HipHop zu beachten? Es geht ihr um die Kritik an spezifisch weißen, europäischen Kriterien, nach denen ein Thema für interessant befunden wird - außerdem um die Kritik von Lesben an Riotgrrrl als weißem Mittelschichtsfeminismus.

anschließend gemeinsame Diskussion

gegen 22 Uhr wird Barbara Morgenstern spielen (Konzert).
später werden She-DJs auflegen (KYOSHO von radical rave, drum´ n´ bass).

riotgrrrl -aufruhr

-SEX IS THE WORLD/EX-

1. Von den Riot Grrrls...

"Riot Grrl entstand aus Punk via Madonna."[1]

Entscheidend für die Riotgrrrl-Bewegung ist es, einen Weg *zwischen* den Identitäten zu finden und gleichzeitig einen Freiraum und Möglichkeiten für Frauen zu schaffen, um gemeinsam - und doch jenseits der patriarchal geprägten Zuschreibungen und Rollen für Frauen gute Musik zu machen. Punk bot hierfür mit seiner Do-It-Yourself-Tradition und der für ihn stehenden Verweigerungshaltung ein Terrain - ein Terrain, um wirksam in den männlich geprägten Musikbereich - vom Starkult bis zum Musikexpertentum - einzubrechen, und das unüberhörbar:

Früher waren Frauen an Rockkultur allerhöchstens als Konsumentinnen und Fans beteiligt. Heute haben sie einen Zugang zur Produktion. "Riot Grrl hat nicht nur die Energie und Rebellion des Punk in spezifisch weibliche und feministische Zusammenhänge gebracht, sondern auch die Do it yourself-Tradition im Punk verwendet, um die Grenzen zwischen Musikproduktion und -konsumtion zu verwischen." (Wald/Gottlieb)

Obwohl "die" Riot Grrrls sich in ihrem Inhalt/Ausdruck - bewußt oder unbewußt - vom Mainstream-Feminismus abgrenzen, beziehen sie sich in ihren Texten stark auf feministische Themen (z.B. patriarchale Erziehung, Vergewaltigung, Magersucht, Abtreibung und Homosexualität).

Den Darstellungsformen wird eine große Bedeutung beigemessen: viele Riotgrrrl-Bands versuchen, den herrschenden Begriff von "Mädchen" umzucodieren. Sie spielen mit den hegemonialen Definitionen von "Attraktivität"."Selbstbewußt und ironisch neh-

men sie die Verkleidungen einer konventionellen Form der Sexualität und Weiblichkeit an!" (Wald/Gottlieb). Via Parodie und Wortspielerei wird der Versuch unternommen, hegemoniale Konnotationen von "sexy" oder "Mädchen" zu überlisten. Mittels Überaffirmation der tradierten Bilder sollen patriarchalische Begriffe in parodistischer Art und Weise wiederangeeignet werden. Dies zeigen Bandnamen wie Dickless, Hole, Burning Bush, Meanie Puss, usw.

...zum "Girlie"-Phänomen

Wie Umcodierung auch von Seiten der herrschenden Kultur betrieben werden kann - in Deutschland vor allem im "SPIEGEL" vorgeführt - läßt sich unter anderem an dem medial-diskursiv hervorgebrachten "Girlie"-Phänomen erkennen.
Während sich Riot Grrrl-Bands bewußt aus dem Medien-Diskurs heraushalten - indem sie kaum Interviews geben, sondern vielmehr das Internet und Fanzines als Kommunikationsforen zur Informationsvermittlung nutzen - konstruierten die bürgerlichen Medien ihr eigenes Bild der rotzigen, selbstbewußten Mädchen. "Girlies" sind keine subkulturelle Bewegung, sondern ein medialer Trend beziehungsweise ein Zeitgeistphänomen.
Interessant ist dieses Phänomen deshalb, da hier das von den Riot Grrrls propagierte selbstbewußte Auftreten, der Mädchenzusammenhalt und die Bedeutung von Ästhetik von den patriarchal geprägten Medien aufgegriffen und zu einer "Frechdachs-Attitüde" entpolitisiert und somit entschärft wurden. Mädchen sind jetzt zwar selbstbewußt, aber heterosexuell und männerfixiert, sexy, aber das heißt jung und dürr. Sie wollen gemeinsam alles - v.a. Spaß und Konsum -, aber nichts wissen. Es ist nicht übertrieben, von konstruierter Pseudodissidenz zu sprechen.
"Girlies" bewegen sich völlig innerhalb der patriarchal geprägten Normen, wo sie auch bleiben sollen - so der "SPIEGEL" will.

2. Unsere Vorstellungen bei dieser Veranstaltung:

Die verbliebene radikale Linke hält "ästhetische Fragen" mehrheitlich immer noch für ein "Überbauthema" anstatt den Kulturbereich als Feld radikaler Kritik wahrzunehmen.[2] Die traditionelle linke Beschäftigung mit sogenannten objektiven Strukturen greift aber zu kurz. Der Zusammenhang von Politik bzw. Ökonomie - und Kultur ist als "Basis-Überbau-Verhältnis" nicht denkbar:
Gesellschaftliche Veränderungen lassen sich nicht allein aus ökonomischen oder politischen Strukturen erklären. In der symbolischen Sphäre werden soziale und politische Hierarchien produziert und reproduziert. Da hier also Kämpfe um soziale, politische und ökonomische Hegemonie ausgetragen werden, haben symbolische Formen eine politische Dimension.
Die reale Macht des Symbolischen zeigt sich bspw. darin, wie in Deutschland das "Asylantenproblem" von den Medien erzeugt worden ist.[3] Da soziale Realität demnach auch "diskursiv" hergestellt wird, muß eine subversive Strategie symbolische Verweigerung beinhalten.[4] Es geht uns darum, Kultur und Politik im Zusammenhang zu denken, also politische und kulturelle Kritik nicht voneinander zu trennen, wie es üblicherweise geschieht. Wenn "Kultur" in seinem kapitalistischen Kontext gedacht wird, kann im Gegenzug vermieden werden, subkulturelle Mythen zu produzieren.

An kulturellen Phänomenen können gesellschaftliche Entwicklungen abgelesen werden. Vielleicht kann optimistisch behauptet werden, daß Kultur absichtlich produziert werden kann. Im kulturellen Bereich wirken Ausschlußmechanismen sowie Gewaltverhältnisse ebenso wie in anderen sozialen Kontexten. Dennoch ist die Popkultur ein Ort, an dem noch über politische Inhalte gesprochen wird und wo noch Möglichkeiten der politischen Einflußnahme bestehen. Die Subkultur der Riot Grrrls (USA) sieht im kulturellen Feld den geeigneten Raum, feministische Inhalte zu vermitteln. "and to rock".
"Indem sie sich um eine bestimmte Art von Musik zentrieren, bilden Riot Grrrls Netzwerke und Communities, mit denen sie versuchen, die Formen weißer Mittelklasse-Jugendkultur loszuwerden, von denen sie geprägt wurden, und aus den patriarchalen Grenzen des weiblichen Verhaltens durch ihr Auftreten auf der Straße, das Verhältnis zu ihrem Körper, zu Rockmusik und zu ihrer Lust auszubrechen.
Riot Grrrl als Oberbegriff einer Bewegung hat die Verbindungen von Musik bzw. Subkultur und feministischer Politik auf den Punkt gebracht." (Joanne Gottlieb/Gayle Wald: Smells like Teen Spirit in: Gender Killer, 1994).
Wir wollen das Riot Grrrl Projekt diskutieren, und seine Themenbereiche und Praxisformen aufzeigen.
Wir möchten den politischen Intentionen und Wirkungen (Effekten) feministischer Einflußnahme im Pop/Kunst/Kulturbereich nachgehen.

1 Gottlieb, Joanne/Wald, Gayle, Smells Like Teen Spirit, in: Eichhorn, Cornelia/Grimm, Sabine (Hg.) Gender Killer, Berlin 1994, S.177
2 siehe G. Jakob in: Spezial 103, S. 112
3 17°C Nr. 6, 9/93, S. 69
4 Red. Spezial, in Spezial 103, Juni-September 1996, S. 36

d a s   p r i n z i p   a i r b a g

gegen aufgeblasene texte und autoritäre rhetorik

>>> es gibt durchaus dinge, die nicht mit dem szene-wortschatz oder der umgangssprache zu erklären sind. manchmal läßt sich eine differenzierte betrachtung eines problems nur durch eine genaue und differenzierte sprache darstellen, und das geht oft nicht ohne fremdwörter. komplizierte zusammenhänge sin eben nicht immer in unkomplizierter weise zu beschreiben.

> das will ich vorausstellen, um dem vorwurf der antiintellektualität zu entgehen. dennoch will ich hier kurz eine unangenehme angewohnheit einiger autorInnen, auch der INTERIM, kritisieren.

nicht schön, aber notwendig und legitim sind komplexe und komplizierte texte, wenn sie eine komplexe und komplizierte aussage haben. obwohl autorInnen - meiner meinung nach - auch dann versuchen sollten, mit ihrer sprache nicht ausgrenzend zu wirken, sondern zur diskussion einladend - sich also um eine möglichst verständliche sprache bemühen sollten. nicht legitim sind solche texte aber, wenn die aussage hinter dem wortschwall auch in ein paar einfachen sätzen darstellbar wäre.

> ich will das an einem beispiel deutlich machen, dem text der BEATAGENTUR in der letzten INTERIM (nr. 446). über sieben seiten wird hier herumgesabbelt, alles zehnmal wiederholt und mit fremdwörtern angereichert, ohne daß eigentlich viel darin steht. es geht mir hier überhaupt nicht um den inhalt des textes, nur um dessen form. (wobei es da natürlich zusammenhänge gibt!) ich werde jetzt versuchen die aussagen des textes zusammenzufassen:

die abwertung symbolischer politik gegenüber militanter politik ist falsch. weil erstens: was heißt schon militanz ? und zweitens: was ist ein realer eingriff? da die gesellschaft - die herrschende realität - nicht nur von materiellen gegenständen und strukturen geprägt ist, sondern auch durch diskurse, denkformen, sprache, kulturelle normen, sind politische aktionen, die nicht direkt einen materiellen schaden anrichten, sondern auf die köpfe der leute zielen, genauso wichtig. es muß beides nebeneinander geben.

mehr steht da nicht auf den sieben seiten der BEATAGENTUR. aber um das zu sagen, plagen uns die autorInnen mit "strukturdeterminismus", "erweiterten materialismusverständnis", "mangel-konnotation" etc. dabei ist ihre aussage ja nicht falsch, aber eben auch nicht neu, eine binsenweisheit im grunde, verkleidet im wissenschaftskostüm und ständig wiederholt, um ungeheuer wichtig daherkommend, pop-aktionen/symbolische aktionen, vor einer geringschätzung der szene zu bewahren.

(übrigens, liebe BEATAGENTUR, so zutreffend und schlicht eure erkenntnis auch ist, durch eure ausdrucksweise führt ihr sogar noch sie ad absurdum. Wenn ihr - wie ich auch - meint, daß sprache zur konstruktion der wirklichkeit beiträgt, dann unterstützt ihr mit eurer im grunde autoritären rhetorik genau das herrschende gesellschaftsbild.)

>> der text der BEATAGENTUR soll hier nur ein beispiel sein. es gibt oft solche aufgeblasenen texte - auch in der INTERIM. ich glaube, grund für solch eine sprache ist meist die angst vor der eigenen aussage. je verquaster sie daherkommt, desto schwieriger wird es, ihr argumentativ zu begegnen. autorInnen schützen sich mit einer zur schau getragenen intellektualität vor kritik. sie brauchen ein bedeutend erscheinendes wortgebilde, weil sie sich über die bedeutung ihrer eigenen kernaussage nicht sicher sind. das prinzip airbag: aufgeblasene texte sollen vor einem aufprall schützen.

das mögen gründe dafür sein. aber eigentlich sind mir die gründe auch egal. wichtiger ist, was mit dieser pseudowissenschaftlichkeit bewirkt wird. es ist der versuch, sich selbst aufzuwerten.

das geschieht über ausgrenzung anderer, also über deren abwertung. eine rhetorische, autoritäre, machtpolitische methode. leserInnen sollen beim ersten lesen glauben, wenn sie die wichtigkeit der aussage nicht erkennen, könnte es daran liegen, daß sie den text nicht richtig

verstanden haben. daß das aber an der belanglosigkeit der aussage liegt, wird dabei verdeckt. es wird sozusagen die verantwortung für das funktionieren des textes auf die leserInnen abgewälzt. wer nicht durchblickt, ist doof.

>wie gesagt, ich will nicht grundsätzlich komplizierte texte kritisieren. die müssen meist sein, WENN der autor/die autorin tatsächlich etwas kompliziertes zu sagen hat. aber schaumschlägerei stört mich immer - in diskussionsrunden wie beim lesen. <<<

>trapattoni<

Größenwahn

April 1998

Freitag, 17.4.1998

FrauenLesbenVideoKino „Out in Friedrichshain"

20.30 Uhr: Film

Und plötzlich sahen wir den Himmel

(Uruguay/D 1994-97)

Der Film handelt von der Zeit der Politisierung in den 60er Jahren, von Widerstand und Gefängnis, und der Frage nach der heutigen Perspektive.

Eintrittsspende 4 mark, wovon ein Teil an Frauen/Lesben- Projekte gespendet wird.



Samstag, 18.4.1998

CAFÉ☆ GRÖßENWAHN

immer samstags, Eintritt frei

15.30 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen

17.00 Uhr: Film

Burning Life

BRD 1996

mit Anna Thalbach und Maria Schrader

Roadmovie in der Nachwendezeit. Während eines Banküberfalls, kreuzt sich der Weg von zwei Frauen - eine unkonventionelle Beziehung beginnt.



Mitwoch 22.4.1998

Lateinamerika Reihe im Rahmen der Kampagne „Ein Radio für die MRTA"

20.00 Uhr Infoveranstaltung

Über die aktuelle Situation in Peru

1 Jahr ist es her, daß peruanische Militärs das MRTA-Kommando in der besetzten japanischen Botschaft in Lima liquidierten. Wie hat die MRTA auf dieses Massaker reagiert? Wie ist die Situation der politischen Gefangenen in Peru jetzt? Darüber und auch über den Versuch seiner Kriminalisierung durch die BRD Behörden wollen wir mit dem Europa-Vertreter der MRTA Isaac Velazco reden.

Organisiert von: Größenwahn und Gruppe Venceremos

UnterstützerIn: FDCL



Freitag 24.4.1998

Lateinamerika Reihe im Rahmen der Kampagne „Ein Radio für die MRTA"

20.30 Uhr Diskussionsveranstaltung

Die Linke in Lateinamerika

(„Die Linke in Lateinamerika") und Journalisten Albert Sterr.

Soli 4 mark

Organisiert von: Gruppe Venceremos und Größenwahn

UnterstützerInnen: Guatemalakomitee, Internationalismusreferat im RefRat der HU

Veranstaltungsetage

Kinzigstr. 9 HH
10247 Berlin

Tel / Fax 294 921 20 oder 294 76 88 (Frauen/Lesben)
U-Bhf. Samariterstraße



Samstag, 25.4.1998

CAFÉ☆ GRÖßENWAHN

immer samstags, Eintritt frei

15.30 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen

17.00 Uhr: Film

Haben (oder nicht)

F'95, 89 min.

Alice verliert ihren Job in der Fischfabrik, gibt ihrem Freund den Laufpass und fährt nach Lyon. Dort trifft sie auf den Träumer Bruno.



Samstag, 25.4.1998

Lateinamerika Reihe im Rahmen der Kampagne „Ein Radio für die MRTA"

20.30 Uhr Film:

Licht am Ende des Tunnels

ca. 60 min.

Porträt über die MRTA in Peru und ihre Aktivitäten Anfang der 90er. Ein sehr anschaulicher Film in leider etwas schlechter Qualität.

Soli 4 mark

Im Anschluß Kneipenabend mit leckeren Cocktails!

Alle Einnahmen dieser Reihe gehen an die Kampagne „Ein Radio für die MRTA".



Dienstag, 28.4.1998

Eintrittsspende 4 mark

Marcel Ophuls Reihe

19.00 Uhr: Film

Ophuls' Sarajewo-Film über den Krieg in Bosnien.

☆

1. Mai! - Ach ja, da war doch was!?

Agitieren - Agieren - Raus auf die Straße!

Antifa = Denken

Naziaufmärsche verhindern!!!



In eigener Sache:

Ihr könnt auch eigene Veranstaltungen im GRÖßENWAHN machen.

Abgabetermin für dieses Programm ist immer der 20. Des Vormonats

Meldet euch vorab telefonisch!



april

Montag 13.4.
ab 12°° Kneipe

Dienstag 14.4.
19°° Veranstaltung der Internat. Gruppen zu M.A.I. (Multilateral Agreement on Investment)
Info und Diskussion

Samstag 18.4.
„Sex is the world?„
Veranstaltung/Diskussionen/Ausstellung/ Konzert zu subversiven Strategien in der Kultur ab 12°° Ausstellung (Madonna bis Rote Zora) / Mädchenzimmer ab 17°° Diskussion
ab 23°° Konzert Barbara Morgenstern, evtl. Stella + SheDJs

Sonntag 19.4.
ab 15°° Kneipe

Samstag 25.4
Record-Release „Nicaragua„ mit Bands

Sonntag 26.4.
ab 12°° **FrauenLesbenTag** mit Frühstücksbuffet und Kneipe

Veranstaltungs-/Konzert-/PartyAnfragen jeden Mittwoch 17-19°° im ex

Anfragen für Lautsprecherwagen für Demos und Kundgebungen jeden Freitag 19-20°° im ex

Öffnungszeiten:
Montag 18°° bis 2°° (ab Mai ab 12°°)
Dienstag bis Freitag 12°° bis 2°°
Samstag/Sonntag je nach Veranstaltung

ex
im Mehringhof
Gneisenaustr.2a
10965 Berlin
U-Bahn Mehringdamm

...smells like

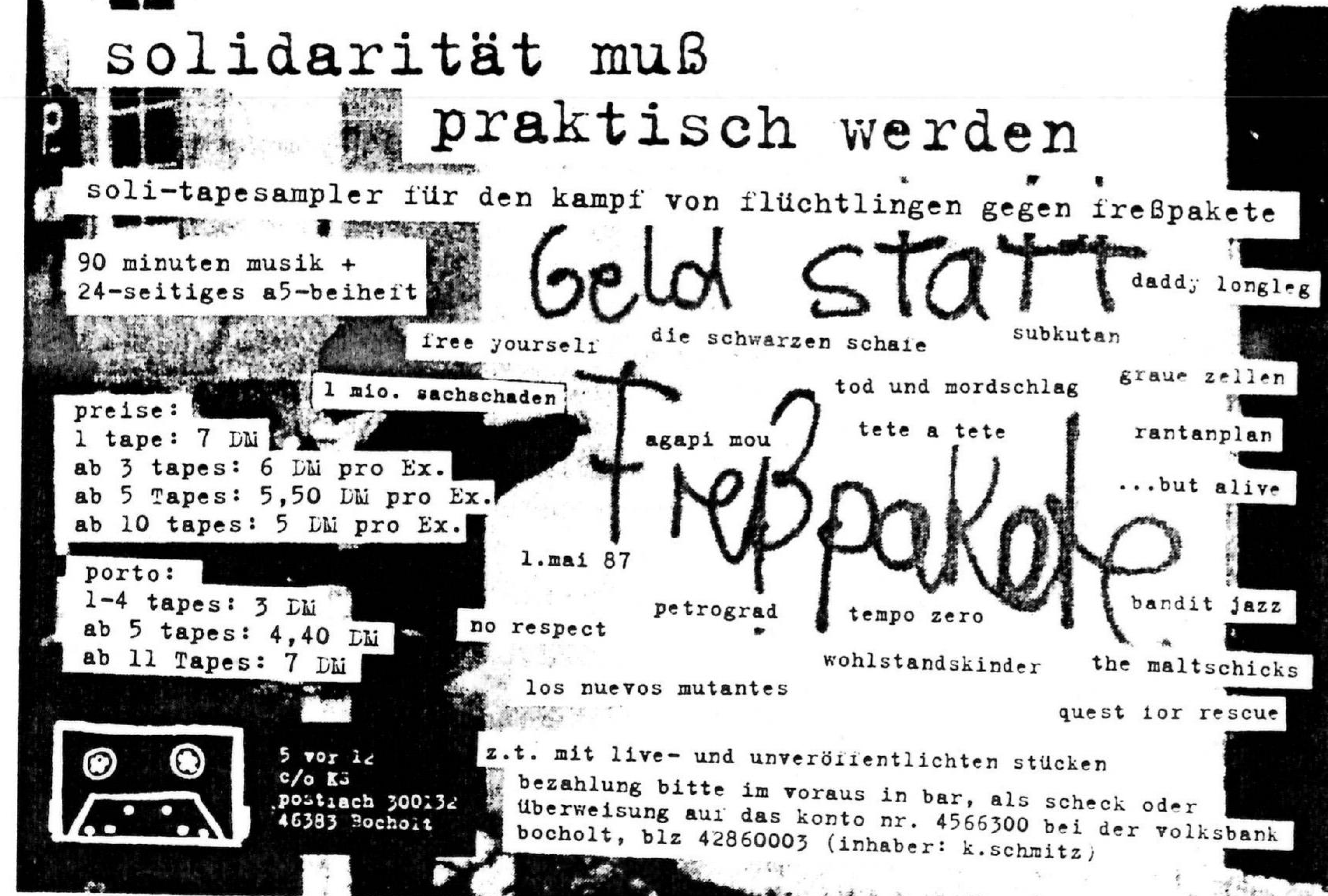
R *iot Grrrls*	*popkulturelles Phänomen oder politische Strategie ?*
I *st ein "grrrl"*	*eine Frau, ein Mädchen, oder ein alien ? Wenn ja, wieviele ?*
O *b es wohl*	*subversiv ist eine Synthese aus Subkultur und Politik zu schaffen ?*
T *auschen*	*Riot Grrrls Geschlechtsidentität nicht nur gegen subkulturelle Identität aus ?*
G *igantinnenkampf*	*Spice Girls vs. Bikini Kill (Ausstellung)*
R *ight here*	*EX, Gneisenaustr. 2a, U-Mehringdamm*
R *iot now*	*18. April '98, ab 14°°Uhr*
R *umble*	*in Kreuzberg*
L *ive*	*Konzert (Barbara Morgenstern) und Disco (DJane KYOSHO) ab 22°°Uhr*
S *howdown*	*mit Annette Weber, Pauline, und den Diskurspoppern ab 19°°Uhr*

sub
versive stra
tegien in
der kultur

18. april 1998/ab 14 uhr
EX, gneisenaustr. 2a /u-mehringdamm







RECLAIM THE STREETS: Direkte Aktionswochen vom 18.4.-30.4. im Anti-A33-Hüttendorf mit Demo/Party am 25.4., 15 Uhr in Bielefeld(HBF) gegen die Strategen der "inneren Sicherheit", gegen Privatisierung, Umstrukturierung und Rassismus

Mittwoch 22.04.1998: "Full Metall Jackett", *Spielfilm, USA, 90min* — **um 20.30 Uhr**
Ein junger Mann wir zur US-Armee eingezogen, und erlebt nach einer brutalen Grundausbildung, als Frontberichterstatter die grauenvolle Hölle des Vietnamkrieges.
Eine Veranstaltung der: Umwelt-Bibliothek Berlin

Umwelt-Bibliothek Berlin e.V., 10437 Berlin, Schliemannstr.22, Tel. 4455714, 44650910,
Internet: http://www.snafu.de/~ruedden, E-Mail: telegraph@vlberlin.comlink.de

Öffnungszeiten

Bibliothek: Di. ab 20 Uhr, Mi. und Do. 13-16 Uhr, Veranstaltungs- und Galeriecafe: Mo. bis Mi. ab 20 Uhr, Sektenberatung: Do. ab 21.00 Uhr, Frühstücksbuffet: Sa ab 12 Uhr

2 Jahre INFOLADEN

Volk und Wissen

24. - 26.04.´98

VERANSTALTUNG: Bioethik 24. April ´98 **19.^{00}Uhr**

Die eugenischen Bestrebungen der Nazis gipfelten in ihrem „Euthanasieprogramm", das tausenden sog. behinderten Menschen das Leben kostete. Auch heute gibt es Personen, wie den australischen Wissenschaftler Peter Singer, die ausgehend von der Theorie der Bioethik, die Ermordung sog. Behinderter fordern.
Vortrag und Diskussion mit: Joachim R., Dipl.-Politologe aus Berlin



25. April ´98 Castor 14.^{00}Uhr

Ahaus ist vorbei - Gorleben steht uns bevor. Nachbereitung und Vorbereitung, sowie allgmeines zur Atompolitik.
Vortrag und Diskussion mit dem Anti-Atom Plenum Berlin

21.^{00}Uhr KONZERT mit:

Sunshine (Tschechien), Ember (Krach aus Tschechien), Three Minute Heroes (DE-HC) und einem Special Guest aus Gräfenhainischen

Straßenfest 26. April ´98 14.^{00}Uhr

Alle Veranstaltungen finden im bzw. vor dem AJZ statt !

Pennplätze sind vorhanden! Anmeldungen: Mo.-Fr. 17.^{00}-20.^{00} Uhr

INFOLADEN „Volk und Wissen" c/o AJZ Schlachthofstr. 25 06844 Dessau, Tel.: 0340/2660210, Fax:0340/213586

1. MAI BERLIN LEIPZIG

enough is enough!

Nachdem es die Nazis in den letzten Monaten mehrfach geschafft haben, Aufmärsche fast ungestört durchzuführen, kündigen sie auch für den 1.Mai 1998 eine Großdemonstration an. Was ihnen im letzten Jahr aufgrund massiver Antifa-Proteste nicht gelang, wollen sie nun erneut versuchen. 1997 konnte der Nazi-Aufmarsch in Leipzig nicht stattfinden und in Hannoversch-Münden jagten aktive AntifaschistInnen die Nazis auseinander. Vollmundig kündigen NPD und JN an, am Morgen des 1. Mai vor dem Leipziger Völkerschlachtdenkmal mit rund 10.000 Anhängern ihren „Tag der Nationalen Arbeit" zu begehen, um so ihre faschistische Hetze zu verbreiten. Als Wahlkampfveranstaltung deklariert, ist nicht mit einem Verbot durch den Staat zu rechnen.
Von antifaschistischer Seite werden schon jetzt umfangreiche Gegenaktivitäten vorbereitet.

Als Linksradikale dürfen wir den 1. Mai als internationalen Kampf- und Solidaritätstag nicht den Nazis überlassen. Das heißt, Nazi-Aktivitäten zu verhindern und eigene Akzente auf einer revolutionären Demo zu setzen. Denn konsequenter Antifaschismus bedeutet für uns immer auch Kampf gegen die Verhältnisse, die Faschismus überhaupt erst ermöglichen.
In Berlin hat der revolutionäre 1. Mai eine lange Tradition. Jedes Jahr beteiligen sich Tausende an den Demonstrationen, um für eine radikale Veränderung der herrschenden Verhältnisse einzutreten. Unser Ziel ist eine grundlegend andere Gesellschaft, frei von Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus. Ohne selbst zu kämpfen, wird nichts passieren!
Aufgrund der Nazi-Aktivitäten am Morgen in Leipzig, findet die revolutionäre Demo in Berlin erst am Abend statt.

Naziaufmärsche verhindern - Antifa heißt Angriff!

Zusammen kämpfen! Internationalistisch – revolutionär – solidarisch!

Deshalb: Erst Nazi-Aufmarsch in Leipzig verhindern, dann Heraus zum revolutionären 1.Mai in Berlin!

Berlin · Rosa Luxemburg-Platz · 18 Uhr

Antifaschistische Aktion Berlin
Engeldamm 68
10179 Berlin
Infotelefon: 030/27 56 07 56



V.i.S.d.P. Brunhilde Rio · Leninplatz 98 · Berlin

INNENSTADTAKTION98

in der ersten Juniwoche

gegen Privatisierung Sicherheitswahn Ausgrenzung

Laden Schröderstr. 9, Ecke Bergstraße, Mitte

Info: dienstags 14 - 19 Uhr, mittwochs 16 - 20 Uhr, tel. 285 97 57

Vorbereitungstreffen: erste Termine 25.3. 20 Uhr, 8.4. 20 Uhr, dann wöchentlich mittwochs 20 Uhr

INNEN stadt AKTION

Sonderheft März ´98

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2,- DM

Freitag 17.4. 19.00 Diskussion über die Interim

Sondernummer zu Aktionsformen:



Bewegung - Militanz - Kampagne

Der

MehringHof

bietet für politische und kulturelle Veranstaltungen, auch Ausstellungen, insbesondere tagsüber, 2 Räume
(VerSammlungsRaum, 180qm & den Blauen Salon, 40 qm)
gegen ein z.T. geringes Endgeld, an. Keine Partys, Feste o.ä.
★Gneisenaustr. 2(A), 10961 Bärlin-Kreuzberg, Tel: 691 80 21 10^{00}- 15^{00}★

VERANSTALTUNGSREIHE GEGEN RECHTS

in Moabit

17.4.1998
19.00 Uhr
Kulturfabrik
Lehrter Str. 35
Bus 340,227,127

NPD/JN als neue Sammlungsorganisation für das militante Neo-Nazi-Spektrum

Dia-Vortrag (Argumente und Kultur gegen Rechts, Bielefeld); Naziverein Die Nationalen e.V. in die NPD Kameradschaften, Nationaler Medienverband (Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.)

Informationen zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches am 1.Mai in Leipzig



in Moabit

22.4.1998
19.00 Uhr
Kulturfabrik
Lehrter Str. 35
Bus 340,227,127

Rechtsextremismus in der Bundeswehr

Video, Vortrag und Diskussion

Vom Nazi-Terroristen Manfred Roeder über Hammelburg bis zum "normalen" Bundeswehr-Alltag (Kampagne gegen Wehrpflicht und Zwangsdienste e.V.)

Informationen zum 1.Mai in Leipzig

in Kreuzberg

Kato

28.4.1998
19.00 Uhr
U-Bhf. Schlesisches Tor

Aktuelle Infos zur Verhinderung des NPD-Aufmarsches am 1.Mai in Leipzig

Leipziger AntifaschistInnen des Bündnis gegen Rechts berichten über die Rolle der NPD/JN in Sachsen, "Befreite Zonen" sowie über Aktionskonzepte zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches am 1.Mai



Den braunen Drahtziehern das Handwerk legen

Veranstalterin: Moabit Initiative Antifaschistische ...

UnterstützerInnen: Antifaschistische Gruppe im Prenzlauer Berg (AGiP); AntifaJugendfront(AJF); Antifaschistische Aktion Berlin (AAB); BdA-die PrenzelbergerInnen; GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus (Berlin); Für eine linke Strömung (FelS); Nordberliner Antifaschistische Gruppen(NAG); und weitere unabhängige antifaschistische Gruppen aus Berlin

Antifa heißt Busfahren

Bei allen 3 Veranstaltungen gibt es Bus-Tickets für die Fahrt nach Leipzig

Antifaschistische-Info-Telefone

Berlin: (030) 275 607 56 Leipzig: (0341) 940 540 7

V.i.S.d.P. G. Müller Pohlandufer 1, 10179 Berlin